

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

2021 09

NACHHALTIGKEIT

Expertengremium: Wie
Deutschland klimaneutral
werden kann

RASSISMUS

Wie Aktivisten im
arabischen Raum gegen
Diskriminierung kämpfen

KFW

Welche Ziele die
Evaluierungsabteilung
verfolgt



Digitale Trends

Digitale Trends

Afrika holt auf

Digitale Innovationen gibt es auch in Afrika. Trotz vieler Hindernisse wie schlechter Infrastruktur und fehlender Finanzierung treibt eine neue Generation von Tech-Unternehmern die Entwicklung voran. Einer von ihnen ist Eyrām Tawia, Mitgründer und CEO von Leti Arts, einem der ersten Unternehmen, das Computerspiele in Subsahara-Afrika entwickelt. Er berichtet E+Z/D+C-Redakteurin Sabine Balk im Interview von seinen Erfahrungen. **SEITE 23**

Erfolg basiert auf vielen Faktoren

Das Otigba Computer Village in Lagos ist ein informeller Markt für den Verkauf von Produkten der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und weit über die Grenzen Nigerias hinaus bekannt. Ziel wäre es, diese Geschäfte zu formalisieren. Doch auch das könnte sich negativ auswirken, erklären Johannes Paha, Privatdozent an der Universität Gießen und Lydia Wolter, die ihre Abschlussarbeit an der Uni Potsdam über das Thema geschrieben hat. **SEITE 25**

Neue digitale Weltordnung

China strebt mit der „Digitalen Seidenstraße“ eine Führungsrolle in einer neuen digitalen Weltordnung an. Experten wie Charles Martin-Shields vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn haben die Sorge, dass China die Freiheit im Cyberspace beschneidet. Alle Akteure müssten dafür sorgen, dass das Internet dem Gemeinwohl dient. **SEITE 27**

Sich Gehör verschaffen

Die Unterdrückung der Meinungsäußerung in Sri Lanka ist vielfältig: es kommt zu gewaltsamen Angriffen auf politische Gegner bis hin zu einem Gesetzentwurf, der der Regierung das letzte Wort über Veröffentlichungen gibt. Unabhängige Online-Medien verschaffen sich trotzdem Gehör, berichtet Arjuna Ranawana, der selbst als Redakteur für EconomyNext, ein solches Nachrichtenportal arbeitet. **SEITE 30**

Informelle Unternehmen umwandeln

Digitalisierung kann den informellen Sektor verändern, Technologien vorantreiben, neue Jobs schaffen und das Arbeitsumfeld verbessern. Die GIZ bewertet die Chancen in einer Studie, die der Politologe Rishikesh Thapa zusammenfasst. Er hat ein Praktikum bei E+Z/D+C gemacht. **SEITE 33**

Magazin

Hans Dembowski: Was die nächste Bundesregierung für Klimaschutz tun muss | Mona Naggar: Aktivisten im arabischen Raum setzen sich gegen Rassismus ein | Dagmar Wolf: In vielen Ländern sind Frauen weit von einer Gleichstellung mit Männern entfernt | Hans Dembowski: Eine Publikation zeigt auf, dass systemischer Rassismus auch für die weiße Mehrheit negative Auswirkungen hat | Interview mit Jochen Kluge: Arbeitsweise und Ergebnisse der Evaluierungsabteilung der KfW Entwicklungsbank | Kolumne Heutzutage von Javier A. Cisterna Figueroa: Die Pianistin Mahani Teave kehrte auf die Osterinsel zurück, um eine Musikschule zu eröffnen | Impressum **4**

Afghanistan-Spezial

HANS DEMBOWSKI

Scheitern des Westens in Afghanistan war vorherzusehen **14**

Debatte

Moutaz Ali: Tunesiens junge Demokratie ist in Gefahr | Markus Rudolf: In Äthiopien ist humanitäre Hilfe zum Politikum geworden | Mireille Kanyange: Deutsches Kolonialerbe in Burundi | Hans Dembowski: Steuern sind besser als wohltätige Spenden **17**



Schwerpunkt: Digitale Trends

INTERVIEW MIT EYRAM TAWIA

Die Zeit für afrikanische Tech-Entrepreneure und Spieleentwickler ist reif **23**

JOHANNES PAHA UND LYDIA WOLTER

Westafrikas größter IKT-Markt befindet sich in Nigerias Hauptstadt Lagos **25**

CHARLES MARTIN-SHIELDS

Wenn China eine globale Führungsrolle übernimmt, könnte es in Zukunft die Freiheit im Cyberspace beschneiden **27**

ARJUNA RANAWANA

Trotz staatlicher Unterdrückung verschaffen sich Online-Medien in Sri Lanka Gehör **30**

RISHIKESH THAPA

Digitale Tools können laut GIZ den informellen Sektor produktiver machen **33**

Chancen und Risiken

Gesellschaft und Wirtschaft befinden sich in einem Wandel vom Industriezeitalter, das durch analoge Techniken geprägt war, hin zum Zeitalter von Wissen und Kreativität, das durch digitale Technologien und Innovationen geprägt wird. Diese Entwicklung vollzieht sich weltweit, aber regional oft in sehr unterschiedlichen Ausprägungen.

Interessanterweise haben Entwicklungs- und Schwellenländer bei einigen technischen Innovationen die Nase vorn. Ein Grund ist, dass analoge Prozesse in reichen Industrieländern oft so etabliert sind, dass die erforderlichen Transformationsschritte nur langsam vorantreiben. Ein Beispiel ist mobiles Bezahlen mit dem Handy oder digitale Prozesse in Verwaltungen, genannt e-Government. Während in Deutschland immer noch vornehmlich bar oder per Abbuchung vom Bankkonto bezahlt wird, hat sich in Kenia seit 2007 das mobile Zahlungssystem M-Pesa durchgesetzt. Ähnlich ist es in Ländern wie China oder Indien, wo das Bezahlen mit dem Handy rasant zunimmt.

Digitalisierte Prozesse haben viele Vorteile für Anbieter und Kunden. Sie sind häufig eine bequeme, schnelle und günstige Alternative zu analogen Techniken, und sie ermöglichen einen leichten Zugang zu vielen Dienstleistungen, die vorher nicht zugänglich waren. Es lauern aber auch viele Gefahren und Unabwägbarkeiten, da die wenigsten Menschen eine Vorstellung davon haben, was die digitale Transformation genau bedeutet und welche Lebens- und Arbeitsbereiche betroffen sind und sein werden. Selbst Experten können die Entwicklung nicht genau vorhersagen. Nachteile sind unter anderem:

- Gefahr von Freiheitsverlust und Unterdrückung durch staatliche digitale Überwachung
- Verlust von Privatsphäre durch digitale Erfassung aller persönlicher Daten und digitaler Aktivitäten
- Verlust von Arbeitsplätzen durch Automatisierungsprozesse
- Abhängigkeit von Technik, die für Störungen, Missbrauch und kriminelle Angriffe anfällig sein kann
- Abgehängtsein von Menschen ohne technische Ausstattung

Viele Experten warnen vor diesen Gefahren und fordern Politik und Gesellschaft zur Wachsamkeit auf. Auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) beschäftigt sich intensiv mit der Digitalisierung und betrachtet es als sehr problematisch, dass das digital getriebene Wachstum auf übermäßigem Ressourcenverbrauch beruht und es so die Zerstörung der Umwelt und die Erderhitzung vorantreibt. Die digitale Revolution und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen müssten endlich gemeinsam betrachtet werden, so die Forderung.

Es ist also unerlässlich, dass sich jeder Einzelne Risiken und Gefahren der Digitalisierung sehr bewusst macht. Politik muss auf Digitalisierung reagieren und die Bürger vor den Gefahren schützen. Das bedeutet, dass der digitale Wandel unter bestimmten Regeln ablaufen muss und nicht nur denen nützen darf, die ihn vorantreiben. Dies gilt für reiche wie arme Länder gleichermaßen, wobei die reichen Länder die Verpflichtung haben, Entwicklungs- und Schwellenländer dabei zu unterstützen und nötiges Know-how zu vermitteln. Damit dies gelingt, müssen die Menschen, ob Bürger, Politiker oder Unternehmer, erst einmal verstehen, was Digitalisierung bedeutet und wie sie genutzt werden kann. Das muss den Kindern von der Grundschule an beigebracht werden.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



SABINE BALK
ist Redakteurin von **E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.**
euz.editor@dandc.eu

Magazin



Kampf gegen Rassismus

Rassismus ist auch im arabischen Raum ein Problem. Menschen mit dunkler Hautfarbe werden diskriminiert und ihrer Rechte beraubt. Aktivisten wollen sich dies nicht mehr gefallen lassen und setzen sich zur Wehr. In Tunesien gibt es die größten Fortschritte, wie die in Beirut lebende Journalistin Mona Naggar berichtet. **SEITE 6**

Kein Interesse am Gemeinwohl

Beim Thema Rassismus geht es normalerweise um das Leid der Betroffenen. Heather McGhee schaut in ihrem Buch „The sum of us“ über den Tellerrand hinaus. Sie zeigt, dass die weiße Mehrheit in den USA einen hohen Preis für den strukturellen Rassismus zahlt. E+Z/D+C-Chefredakteur Hans Dembowski stellt ihre Thesen vor. **SEITE 9**

Debatte



Krise spitzt sich zu

Der Konflikt im Norden Äthiopiens schaukelt sich in einer Spirale aus wechselseitigem Misstrauen und Gewalt hoch. Die Unruhen erfassen neben Tigray weitere Teile des Landes und der Bevölkerung. Interventionen externer Akteure haben die Situation bisher nur verschärft, erklärt Markus Rudolf, Senior Researcher am Internationalen Konversionszentrum Bonn (BICC). **SEITE 18**



Mit solarthermischen Anlagen kann auf klimafreundliche Weise Wasserstoff für den Weltmarkt erzeugt werden: die Anlage Noor III in Marokko entstand mit finanzieller Unterstützung von der KfW Entwicklungsbank.

Globale Erhitzung

Deutschlands Weg zur Klimaneutralität

Niemand weiß, wie die Bundestagswahl im September ausgehen wird, aber klar ist bereits, was die nächste Bundesregierung für den Klimaschutz tun muss. Das steht in einer wichtigen aktuellen Veröffentlichung.

Von Hans Dembowski

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung, der die Bundesregierung berät, und die nationale Wissenschaftsakademie Leopoldina haben gemeinsam ausformuliert, wie Deutschland bis 2045 Klimaneutralität erreichen kann. Ihr gemeinsames Papier veröffentlichten sie Anfang Juni.

Die aktuelle Bundesregierung hat das Zieldatum 2045 kürzlich nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts um fünf Jahre vorgezogen. Leopoldina und Nachhaltigkeitsrat führen nun aus, was dafür nötig ist. Zentrale Einsichten sind, dass Zeit die knappste Ressource und systemisches

Handeln nötig seien. Systemisches Handeln bedeutet dabei, dass alle Staatsebenen, alle Politikfelder, alle Wirtschaftszweige und andere gesellschaftliche Sektoren mitmachen müssen.

Der Publikation zufolge ist schnelle Dekarbonisierung möglich, sofern wichtige Entscheidungen schnell fallen. Die Zeit reiche beispielsweise nicht mehr für die Entwicklung komplett neuer Technologien, so dass die nötige Transformation mit bereits erprobten Mitteln erreicht werden müsse. Als erneuerbare Energiequellen kämen in Deutschland vor allem Windkraft und Photovoltaik infrage. Wasserstoff könne zur Energiespeicherung erzeugt werden, sei aber nur „grün“, wenn dafür erneuerbare Quellen genutzt würden. Der Energiebedarf der deutschen Industrie sei indessen so groß, dass grüner Wasserstoff importiert werden müsse – was unter anderem Konsequenzen für die Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik habe.

Die Autoren legen überzeugend dar, dass der Entscheidungsspielraum eng ist, wenn Klimaneutralität in 25 Jahren erreicht werden soll. Nötig sei eine Kreislaufwirtschaft, die auf Recycling und Wiederverwertung statt auf ständig wachsender Rohstoffausbeutung beruhe. Das erfordere staatliche Regulierungen in den Sektoren Abfall, Rohstoffhandel sowie Außenhandel. Auch bei Betriebsgenehmigungen und im Steuerrecht gebe es Handlungsbedarf, damit Firmen die richtigen Anreize bekämen. Bislang behandelte die Politik solche Themen zwar separat, künftig sei aber über konsistente Gesetzgebung auch deren kompetente Implementierung nötig. Obendrein werde neue Infrastruktur gebraucht, die zumindest teilweise von Behörden gebaut und instand gehalten werden müsse.

Wie Leopoldina und Nachhaltigkeitsrat ausführen, kann Regierungshandeln allein die erforderliche Transformation nicht herbeibringen. Es sei wichtig, die Bürger aktiv anzusprechen und sie als Pioniere des Wandels agieren zu lassen. Soziale Gerechtigkeit müsse gewahrt bleiben. Zugleich sei der European Green Deal konsequent in Deutschland umzusetzen.

Weitere wichtige Punkte sind:

- Privatkapital müsse im großen Stil für Nachhaltigkeit mobilisiert werden,
- die Hälfte der Industriebetriebe werde in den kommenden zehn Jahren erneuert,

und das habe auf klimafreundliche Weise zu geschehen,

- grundlegende Veränderungen seien in Verkehr, der Gebäudewirtschaft und der Landnutzung nötig.

Diese Agenda ist anspruchsvoll, wie die Autoren einräumen. Es handelt sich aber nicht um eine Wunschliste romantischer Naturschützer. Die nationale Wissenschaftsakademie und das Beratergremium der Bundesregierung halten sie für notwendig. Ihnen zufolge wären die Kosten des Nichthandelns allerdings viel größer. Nur wenn umweltfreundliche Geschäftschancen jetzt ergriffen würden, könne Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE LEITLINIEN

Überlegungen der Leitung des Deutschen Instituts Entwicklungspolitik (DIE) gehen in eine ähnliche Richtung. Die DIE-Direktorin Anna-Katharina Hornidge und ihre Stellvertreterin Imme Scholz haben im Mai auf der Website des Instituts Leitlinien formuliert.

Die beiden Wissenschaftlerinnen begreifen Entwicklungspolitik dabei als „transformative Strukturpolitik für nachhaltige Entwicklung“. Im Zentrum stehe das Recht auf Selbstbestimmung jedes Menschen. Die Perspektive müsse zudem global sein, wobei Entwicklung nicht mit Wirtschaftswachstum verwechselt werden dürfe. Vielmehr gehe es um „eine ressort-, skalen- und sektorübergreifende Aufgabe binnen- und außenorientierter Politik.“

Wesentlich sei zudem der Schutz globaler Gemeingüter, urteilen die beiden Autorinnen. Dafür müsse in planetaren Dimensionen gedacht, aber auch der Dialog mit lokalen Gemeinschaften gepflegt werden. Aus Sicht der DIE-Spitze muss die Entwicklungspolitik in die „Gestaltung multilateraler Normen und Regelwerke“ investieren und „die multilaterale Zusammenarbeit in ihren Mittelpunkt“ rücken.

Dass die beiden Positionspapiere sich inhaltlich ergänzen, ist kein Zufall. Sie beruhen auf wissenschaftlicher Erkenntnis. Dass Imme Scholz auch stellvertretende Vorsitzende des Nachhaltigkeitsrats ist,

spielt vermutlich auch eine Rolle. Mitglied des Beirats von E+Z/D+Z ist sie übrigens auch.

LINKS

Rat für Nachhaltige Entwicklung und Leopoldina, 2021: Klimaneutralität – Optionen für eine ambitionierte Weichenstellung und Umsetzung.

<https://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuelles/nachhaltigkeitsrat-und-leopoldina-fordern-schnelles-handeln-jetzt-die-weichen-fuer-klimaneutralitaet-stellen/>

Hornidge, A. K., und Scholz, I., 2021: Sieben Leitlinien für die deutsche Entwicklungspolitik.
<https://www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/sieben-leitlinien-fuer-die-deutsche-entwicklungspolitik/>



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und
Zusammenarbeit /D+C
Development and

Cooperation.
ez.editor@dandc.eu

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.





Weibliche migranti-
sche Hausange-
stellte demonstrieren gegen
Ausbeutung und
Diskriminierung in
Beirut 2015.

ARABISCHER RAUM

Verunglimpft und diskriminiert

Rassismus gibt es auch im arabischen Raum. Menschen mit dunkler Hautfarbe werden diskriminiert und ihrer Rechte bescnitten. Aktivistinnen wollen sich dies nicht mehr gefallen lassen und setzen sich zur Wehr. In Tunesien gibt es die größten Fortschritte.

Von Mona Naggari

Sprache ist verräterisch, sie ist der Spiegel des Alltags. Sowohl in der arabischen Hochsprache als auch in den verschiedenen Umgangssprachen lässt sich eine Vielzahl von rassistischen Ausdrücken finden, die Menschen mit dunkler Hautfarbe bezeichnen. Sie sind entwürdigend, menschenverachtend und heben die Überlegenheit von Menschen mit weißer Hautfarbe hervor. Teilweise gehen diese Ausdrücke auf eine Zeit zurück, als Sklavenhandel und Sklaverei in der islamischen und arabischen Welt noch praktiziert wurden.

Diese Ausdrücke haben überdauert und sind sogar in Redewendungen und

Sprichwörtern verankert, die tagtäglich im arabischen Raum benutzt werden. Bei den Sprichwörtern wird Schwarz mit einem schlechten Omen gleichgesetzt. Oder es werden die Farben Schwarz/Weiß als Gegensätze verwendet, die für schlecht bzw. gut stehen, in Zusammenhang mit der Auswahl von Lebenspartnern, der Beschreibung von Empfindungen oder Erlebnissen.

Doch es gibt Zeichen der Veränderung: Die „Black Lives Matter“-Bewegung hat im arabischen Raum für große Aufmerksamkeit gesorgt. Es gab einerseits eine breite Berichterstattung lokaler und überregionaler Medien, Talkshows, Solidaritätsdemonstrationen und Online-Kampagnen zur Unterstützung der Proteste in den USA. Andererseits regte diese Bewegung vermehrt die Auseinandersetzung mit Rassismus in der arabischen Region an.

Zainab Mariam Kanaan ist ein Beispiel. Die Journalistin ist Libanesin, ihre Mutter stammt aus Sierra Leone. Auf dem Höhepunkt der Black-Lives-Matter-Proteste

veröffentlichte sie im Juni 2020 auf ihrer Facebookseite einen Erfahrungsbericht, in dem sie sich mit den Protesten gegen Schwarze in den USA solidarisiert und in dem sie die Diskriminierungen schildert, denen sie seit ihrer Kindheit ausgesetzt ist. Kanaan schreibt, dass sie fassungslos beobachtete, wie Libanesen und Libanesinnen Sympathie für die Schwarzen in den USA äußerten, aber tatenlos gegenüber Rassismus im eigenen Land stehen.

Die junge Frau beschreibt, wie sie in der Familie, in der Schule, an der Uni, aber auch im Taxi mit Entwürdigung, Verletzung und Stereotypisierung konfrontiert war und ist. Sogar im Religionsunterricht wurden Stereotype weitertradiert, etwa in der berühmten Geschichte von Bilal, des ersten Gebetsrufers der islamischen Geschichte, der aus Äthiopien stammte. Diese Begebenheit wird als Beweis für die antirassistische Einstellung des Islams genutzt, aber gleichzeitig wird Bilal mit Ausdrücken beschrieben, die rassistisch sind.

In ihrer Pubertät führten diese Erlebnisse zu Selbsthass und zu einer schwierigen Beziehung zu ihrer Mutter. Kanaan sagt jedoch, dass sie wegen ihrer libanesischen Staatsangehörigkeit besser dran sei als viele andere, die an Rassismus im Libanon leiden, vor allem Arbeitsmigranten aus Südasien.

Das Kafala- oder Sponsorsystem im Libanon, dem Arbeitsmigranten ausgeliefert sind, schafft sklavereiähnliche Strukturen (siehe meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2017/10). Dieses System, das auch in allen Ländern des arabischen Golfes verbreitet ist, bindet den Migranten an einen lokalen Bürger, der Gehalt, Bewegungsfreiheit und Arbeitsbedingungen ohne jede Kontrolle diktieren kann.

Ähnliche Erlebnisse wie Kanaan aus dem Libanon beschreibt Sana Al Fazani aus Libyen. Sie stammt aus der südlichen Region des Landes. Bei Gesprächen werde sie wegen ihrer Hautfarbe nicht ernst genommen, an der Uni werde sie gemobbt. Die Elite im Staat sei meistens weiß.

Aktivisten in der Region stimmen darin überein, dass gerne auf den Rassismus im Westen geschaut und er dort verurteilt wird, aber eine große Ignoranz herrscht, wenn es um das Phänomen im eigenen Land oder in der Region geht. Mohamad Azmi, Direktor der ägyptischen Beobachtungsstelle für Rassismus, verweist auf eine Untersuchung, die 2018 veröffentlicht wurde. Darin nahmen er und sein Team ägyptische Medien unter die Lupe – sowohl Nachrichtensendungen als auch Talkshows und Filme. In der Hälfte, der in Ägypten produzierten

Filme in den Jahren 2007 bis 2017 werden dunkelhäutige Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder wegen ihres oberägyptischen Dialekts herabgesetzt und lächerlich gemacht. Menschen aus Oberägypten werden stereotype Rollen als Hausmeister oder Diener gegeben. In etwa einem Drittel der Talkshows und Nachrichtensendungen, die zwischen 2011 und 2016 entstanden sind und die Themen aus Oberägypten behandelten, werden eine rassistische Sprache und Hate Speech benutzt. Außerdem sei die Besetzung von Posten in den Medien mit Menschen dunkler Hautfarbe verschwindend gering.

Eine adäquate Repräsentanz von Menschen mit dunkler Hautfarbe in den Medien ist eine der Forderungen von Mohamad Azmi. Darüber hinaus will er, dass die Medien ethische Grundsätze umsetzen und dass endlich ein Anti-Rassismus-Gesetz verabschiedet wird.

Arabische Redewendungen und Sprichwörter offenbaren weitere regionale und lokale rassistische Phänomene in arabischen Ländern. Da geht es um die Verächtlichmachung von Beduinen, von Frauen, von Kurden gegenüber Arabern oder umgekehrt, um religiöse Zugehörigkeiten, sexuelle Orientierung, um Menschen mit Behinderung. Die Liste ist lang.

Es gibt jedoch zaghafte Fortschritte. In Tunesien ist seit der Revolution 2011 eine intensive Auseinandersetzung um Rassismus entstanden – Meinungsfreiheit und eine lebendige Zivilgesellschaft machen das möglich. Das führte zum ersten Anti-Rassismus-Gesetz in der arabischen Welt. Im Oktober 2018 verabschiedete das tunesische Parlament ein Gesetz, das Rassismus definiert und das rassistische Aussagen und Taten unter Strafe stellt.

Für Khawla Ksiksi, Mitbegründerin von „The Voices of Tunesian Black Women“ existiert das Gesetz nur auf dem Papier, da die Opfer von Diskriminierung und rassistischen Angriffen nicht die Mittel hätten, den langwierigen und kostspieligen juristischen Weg zu gehen. Es fehle immer noch der politische Wille, die im Gesetz vorgesehene nationale Strategie umzusetzen. Die tunesische Juristin Ksiksi sagt, dass sie davon träume, auch Bilder von schwarzen Kindern in den Schulbüchern zu sehen und schwarze Tunesier Posten an der Spitze des Staates und der Gerichte bekommen.



MONA NAGGAR
ist freie Journalistin aus
Beirut.
mona.nagggar@googlemail.com

Sklavenähnliche Zustände bis heute

Alle Länder der Arabischen Liga haben das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung (International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination ICERD) ratifiziert. Allerdings hat nur Tunesien Gesetze verabschiedet, die Rassismus und Diskriminierung strafrechtlich verfolgen.

In einigen arabischen Ländern existierten Gesetze, die bis ins 20. Jahrhundert Sklaverei erlaubten. Diese wurden alle nach und nach

abgeschafft – in Saudi-Arabien und im Jemen 1962, zuletzt 1980 in Mauretanien. Dort herrschen allerdings noch für etwa 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung sklavenähnliche Verhältnisse.

In den arabischen Golfländern und im Libanon sorgt das Kafala-System (ein Sponsorsystem, dem Arbeiter und Haushaltshilfen aus Südasien und einigen afrikanischen Ländern unterliegen) für die Schaffung von rassistischen und diskriminierenden Strukturen.

MN



Der aus dem Südsudan geflohene Künstler Patrice Gaudensio, der nun in Ägypten lebt, berichtet von Rassismus und Diskriminierung in Kairo.

KÖRPERLICHE AUTONOMIE

Frauenrechte sind Menschenrechte

Weltweit haben nur 75 Prozent der Frauen die gleichen Rechte wie Männer, so der diesjährige Bericht des United Nations Population Fund (UNFPA). Das Leben von Millionen Frauen wird von anderen bestimmt, ihr Körper gehört ihnen nicht.

Von Dagmar Wolf

In Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen hat fast die Hälfte der Frauen und Mädchen nicht das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie Sex haben, verhüten oder medizinische Versorgung in Anspruch nehmen möchten. In einigen Ländern südlich der Sahara wie Mali, Niger und Senegal sind es sogar weniger als 10 Prozent der Frauen, erklärt der UNFPA-Bericht, den es auch auf Deutsch in einer Kurzfassung der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung gibt.

Ursachen hierfür seien patriarchalische Gesellschaften und Normen, in denen Männer als Familienoberhäupter das Recht für sich in Anspruch nehmen, die Frauen zu unterwerfen. Durch patriarchalische Praktiken wie Zwangs- oder Kinderehen, Mitgiftzahlung, Witwenvererbung oder durch Verheiratung von Vergewaltigungsoffern mit ihren Vergewaltigern werden Frauen zu Opfern degradiert und als Waren gehandelt. Auch die weibliche Genitalverstümmelung sieht der Bericht als Teil einer umfassenden patriarchalischen Praktik, die darauf abzielt, die sexuellen und reproduktiven Rechte zu kontrollieren.

In Krisensituationen wie aktuell in der Covid-19-Pandemie verschlechtert sich laut UNFPA die Situation für Frauen und Mädchen oftmals noch weiter. Wenn Schulen geschlossen sind, steigt das Risiko sexualisierter Gewalt für Mädchen. Viele Dienstleistungen von sexueller und reproduktiver Gesundheit fallen aufgrund von Lockdown-Bestimmungen sowie mit Rekordverschuldungen einhergehenden Sparmaßnahmen weg. In Ländern wie Äthiopien, Kenia, Nigeria und dem Sudan, in denen Eheschlie-



Kinderehen sind ein verbreitetes Phänomen in armen Ländern: 13-jähriges Mädchen aus Mali mit ihrer Tochter.

ßungen als Lösung angesehen werden, um Mädchen vor den negativen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu bewahren, steigt die Zahl der weiblichen Genitalverstümmelungen in Vorbereitung auf die Eheschließung.

Zwar sind die Rechte auf körperliche Autonomie und Unversehrtheit in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte anerkannt, und viele Länder haben Gesetze zum Schutz von Frauen und Kindern, doch hapert es oft, auch aufgrund pluraler Rechtssysteme, an deren Umsetzung.

Körperliche Autonomie und Gleichstellung von Frauen setzt Änderungen von Normen und Verhaltensweisen voraus, so der Bericht. Hierfür müssen Männer ins Boot geholt werden. Sie müssen überkommene Muster von Privilegien und Dominanz überwinden, eingefahrene Rollenverteilungen verändern und beispielsweise ihren gerechten Anteil an unbezahlter Care-Arbeit leisten. Bisher geht diese Form der unbezahlten Arbeit zu Lasten von Frauen und Mädchen, Bildung und Chancengleichheit

wird ihnen dadurch verwehrt. Auch müssten Polizei- und Justizbeamte Gesetze nicht nur kennen, sondern auch eigene Vorurteile hinterfragen, fordert UNFPA.

Es gibt auch positive Trends. Dem Bericht zufolge ist der Anteil der Frauen, die autonom über Gesundheitsversorgung, Verhütung und Sex entscheiden können, beispielsweise in Ruanda und Uganda gestiegen – in Uganda sogar um 12,3 Prozent. Doch bis das 5. Ziel (Sustainable Development Goal – SDG) der Agenda für Nachhaltige Entwicklung – die Gleichstellung der Geschlechter – erreicht ist, ist es noch ein weiter Weg. UNFPA fordert daher:

- ein Ende der Straflosigkeit von sexualisierter Gewalt (von der Einzeltat bis hin zu Massenvergewaltigungen als Kriegswaffe),
- umfassende verpflichtende Sexualaufklärung in Schulen,
- mehr Chancengleichheit auf hochwertige Bildung und menschenwürdige Arbeit,
- die Förderung gendersensibler Grundeinstellung bei Männern und Jungen,
- die Beendigung der Benachteiligung von Frauen im öffentlichen Raum, der Legislativen und in Führungspositionen,
- eine hochwertige und bezahlbare Gesundheitsversorgung und bezahlbarer Zugang zu Dienstleistungen wie Kinder- und Altenbetreuung und
- die Stärkung und Finanzierung von Frauenorganisationen.

Auch die internationale Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe sieht UNFPA in der Pflicht: im Jahr 2018 seien nur vier Prozent des gesamten Entwicklungsbudgets der 30 größten Geberländer in Programme zur Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung von Frauen geflossen – das sei zu wenig.

LINK

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW), 2021: Mein Körper gehört mir. Das Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung einfordern.
https://www.dsw.org/wp-content/uploads/2021/04/UNFPA-Weltbevoelkerungsbericht_2021_web.pdf



DAGMAR WOLF
 ist Redaktionsassistentin bei E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and

Cooperation.
euz.editor@dandc.eu



Mehr Vielfalt, aber auch höhere Studiengebühren: Eingangstor der University of California in Berkeley.

SYSTEMISCHER RASSISMUS

Kein Interesse am Gemeinwohl

Wer über Rassismus schreibt, beschäftigt sich meist mit dem Leiden der betroffenen Bevölkerungsgruppen. Heather McGhee geht in ihrem Buch „The Sum of Us“ einen anderen Weg und zeigt, welch hohen Preis in den USA die weiße Mehrheit für systemischen Rassismus zahlt.

Von Hans Dembowski

McGhees Kernthese ist, dass eine Gesellschaft kein gesundes Verständnis des Gemeinwohls entwickeln kann, wenn sie große Gruppen ausschließt. Als Konsequenz bleiben öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen schwach. Für kaufkräftige Eliten ist das kein Problem, weil sie sich selbst beschaffen können, was sie brauchen. Für die breite Mehrheit bedeuten geringe staatliche Leistungen aber hohe Belastungen im Alltag, weil Gesundheitsversorgung, Bildung

und selbst der Berufsverkehr sehr teuer werden. Das betrifft in den USA nicht nur Schwarze – auch die Lebensbedingungen der Mehrheit der Weißen könnten besser sein (siehe meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2021/08).

Öffentliche Schwimmbäder bieten ein anschauliches Beispiel. Laut McGee überboten sich amerikanische Städte bis in die 1960er Jahren gegenseitig mit dem Bau möglichst großer und attraktiver Anlagen. Bürger waren stolz auf ihre Schwimmbäder – aber Schwarze hatten keinen Zutritt. Dann urteilten Gerichte angesichts der Bürgerrechtsbewegung, diese Diskriminierung müsse enden. Daraufhin begannen Kommunalpolitiker, Schwimmbäder zu schließen, denn das schien attraktiver, als öffentliche Bäder mit der schwarzen Minderheit zu teilen. McGhee berichtet, die Stadt Montgomery in Alabama hätte sogar den Zoo und

sämtliche kommunalen Parks geschlossen. Nun hatte niemand mehr Zutritt zu den kommunalen Angeboten, die zuvor nur Schwarzen vorenthalten worden waren.

McGhee ist in einem schwarzen Stadtteil von Chicago aufgewachsen und hat den New Yorker Thinktank Demos, der sich auf Sozialpolitik und Ungleichheit konzentriert, geleitet. Ihr Buch stützt sich auf Interviews mit Menschen im ganzen Land. Die Leitfrage war: „Warum bekommen wir gute Dinge nicht?“ Tatsächlich sind öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen in anderen hochentwickelten Ländern generell besser als in den USA. Aus McGhees Sicht ist systemischer Rassismus der Grund.

UNERWÜNSCHTE NEBENEFFEKTE

Nach der Bürgerrechtsbewegung redeten konservative Politikern der weißen Mehrheit ein, soziale Sicherungssysteme dienten vor allem einer faulen Minderheit, also müssten die Staatsausgaben minimiert werden. Die Autorin belegt sorgfältig, dass solches Denken heute Politik und Gesellschaft in den USA prägt. Weil das Arbeitslosengeld besonders gering ist, treffen Jobverluste Be-

troffene härter als in anderen Industrieländern. Millionen von Menschen haben keine Krankenversicherung – und das gilt auch für sehr viele Weiße. Obamacare hat die Lage verbessert, aber der Anteil der Unversicherten ist immer noch höher als in anderen reichen Nationen.

Auch das öffentliche Schulwesen hat gravierende Schwächen. Staatliche Schulen werden mit kommunalen Steuern finanziert und sind in wohlhabenden, weißen Stadtteilen entsprechend gut ausgestattet. Die Grenzen reicher Schulbezirke sind aber sehr eng gezogen, so dass auch der Zugang zu guten Bildungseinrichtungen limitiert bleibt. Weniger finanzkräftige Schulbezirke versorgen dagegen viel mehr Familien. Mittelschichtsangehörige, die nicht genug Geld haben, um in einem reichen Schulbezirk zu wohnen, schicken ihre Kinder dann auf teure Privatschulen, weil sie wissen, dass die öffentlichen Schulen nicht viel taugen. Das gilt auch für schwarze Mittelschichtsangehörige.

Auch den Wohnungs- und Immobilienmarkt prägt systemischer Rassismus. Schwarze Aufsteiger erlebten immer wieder unerwünschte Nebeneffekte, wenn sie ein Haus in einem wohlhabenden Viertel kauften. Sobald sie einzogen, begannen im ganzen Viertel die Immobilienpreise zu stagnieren und dann zu fallen. Die neu Hinzugezogenen beeinträchtigten also unmittelbar das Vermögen der anderen Anwohner.

UNPERSÖNLICHE MARKTDYNAMIK

McGhee dienen solche Beispiele als Beleg dafür, dass Rassismus mehr ist als eine persönliche Abneigung gegen Menschen mit anderer Hautfarbe. Auf dem Immobilienmarkt bestimmen Angebot und Nachfrage die Preise. Was einzelne Akteure über Hautfarbe denken, ist unwesentlich. Tatsächlich gibt es selbst für weiße Nachbarn, die Rassismus vehement ablehnen, handfeste Marktanreize, ihr Viertel zu verlassen, wenn dunkelhäutige Nachbarn einziehen. Deren bloße Präsenz beeinträchtigt den Wert des eigenen Hauses. Falls sie Kinder im schulpflichtigen Alter haben, sind auch mittelfristig Auswirkungen auf die Bildungsqualität zu befürchten, wenn immer mehr weiße Familien weg- und schwarze Familien einziehen.

Ökonomisch hat der Erwerb eines Hauses eine doppelte Funktion – Wohnraum und Kapitalanlage. McGhee hält fest,



Aktion gegen Rassismus in New York im Juli 2021.

dass schwarzen Leistungsträgern aber regelmäßig der Vermögenszuwachs verwehrt blieb, der normalerweise mit Immobilieninvestitionen einhergeht. Im Schnitt erwies sich der Hauskauf für weiße Familien als sehr viel bessere Investition. Konservative Politiker erklären größeren weißen Wohlstand aber mit besseren individuellen Entscheidungen, nicht mit anonymen Marktkräften.

McGhee stellt klar, dass Rassismus letztlich nur einer kleinen reichen Minderheit dient. Mittelschichtsangehörige zahlen sicherlich nicht gern Steuern, aber sie hängen von steuerfinanzierten Staatsleistungen ab. Politikkonzepte, die Staatseinnahmen und -ausgaben minimieren, tun nicht nur den Armen weh – sie machen das Alltagsleben schwerer und reduzieren Aufstiegschancen. Wo Rassismus Gesellschaften spaltet, werden solche Mittelschichtsinteressen aber politisch kaum noch artikuliert.

McGhee zufolge gelang es der US-Politik von den 1930er bis 1960er Jahren, eine breite Mittelschicht aufzubauen, wobei Schwarze allerdings ausgegrenzt blieben. Nachdem Rassentrennung politisch inakzeptabel wurde, setzten sich dann zunehmend marktradikale Konzepte durch. Deshalb wurde unter anderem die Hochschulbildung sehr teuer. Schon im 19. Jahrhundert entstanden Staatsuniversitäten,

die – mit Ausnahme der schwarzen Minderheit – breiten Schichten Aufstiegschancen bieten sollten.

In dem Maße, wie die Vielfalt an den öffentlichen Universitäten stieg, ging aber auch der staatliche Bildungsaufwand zurück und die Studiengebühren wurden teurer. Unabhängig von der Hautfarbe haben junge Menschen heute weniger Chancen als früher – und entsprechend werden Forderungen nach „free colleges“ beliebter.

Wo das Gemeinwohl wenig zählt, bleibt auch die Umweltpolitik unterentwickelt. Ökologischen Schäden sind, wie McGhee ausführt, vor allem sozial Benachteiligte ausgesetzt, die in der Politik kaum Gehör finden. Sie führt sogar die aktuelle republikanische Klimaleugnung auf Jahrzehnte spalterischer Strategien zurück: Von Politikern ohne Gespür für das nationale Gemeinwohl erwartet sie auch kein Engagement für das globale Gemeinwohl.

BUCH

McGhee, H., 2021: *The sum of us. New York, One World.*

HANS DEMBOWSKI

ist Chefredakteur von *D+C Development and Cooperation / E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit*.
euz.editor@dandc.eu



Eine neue Wasserpipeline in Tansania wird das Leben in vielen Dörfern messbar leichter machen.

WIRKSAMKEIT

Digitalisierung hilft Evaluierenden

Jochen Kluve leitet seit Oktober 2019 die Evaluierungsabteilung der KfW Entwicklungsbank. Im Interview äußert er sich zu den Zielen, der Arbeitsweise und den Ergebnissen seiner Abteilung.

Jochen Kluve im Interview mit Hans Dembowski

Was sind Ihre Neuerungen in der Evaluierungsarbeit?

Die Evaluierungsarbeit entwickelt sich kontinuierlich. Wir konzentrieren uns auf:

- die Ex-post-Bewertung abgeschlossener Vorhaben,
- die begleitende Evaluierung laufender Vorhaben und
- institutionelles Lernen.

Ersteres ist unser Kerngeschäft seit über 20 Jahren, die anderen beiden Aufga-

ben wurden punktuell bedient. Hier gehen wir jetzt fokussierter vor.

Wie soll ich mir begleitende Evaluierung vorstellen?

Ein gutes Beispiel ist eine Wasserpipeline, die in Tansania gebaut wird. In einem Korridor von 24 Kilometern um die Pipeline können Dörfer angeschlossen werden. Wenn sie weiter von der Leitung entfernt sind, geht es nicht. Uns Evaluierenden gibt das die Chance, leicht Vergleichsdörfer zu finden. Wir können Menschen befragen, die durch die Pipeline versorgt oder eben nicht versorgt werden. Das zeigt uns präzise, wie die neue Infrastruktur das Dorfleben verändert, indem wir quantitative Daten zu Wassernutzung und beispielsweise Häufigkeit von Durchfallerkrankungen erheben. Daraus kann das Projektmanagement dann nützliche Konsequenzen ziehen. Eine begleitende

Evaluierung ist aufwendig, lohnt sich aber, weil sie die Wirkung steigert. Das kann man nur für eine gezielte Auswahl von Vorhaben leisten. In den kommenden Jahren wollen wir zehn bis 20 Vorhaben so unterstützen.

Verändert Digitalisierung Ihre Arbeit?

Digitalisierung ist der Schlüssel für moderne Evaluierungsarbeit. Geodaten zur Analyse von Aufforstungsprojekten beispielsweise. Gemeinsam mit der französischen Agence Française de Développement haben wir das Open-Source-Projekt „MapME“ entwickelt und damit eine Schutzgebietsdatenbank aufgebaut. Auch lassen sich mit der Ausweitung der Mobilfunknutzung in Entwicklungsländern viele Daten leichter sammeln und übermitteln. Die genannten Beispiele betreffen die Vorhaben in unseren Partnerländern, wir nutzen Innovation durch Digitalisierung aber auch für das institutionelle Lernen innerhalb der KfW. Zum Beispiel haben wir alle unsere Evaluierungsberichte aus dem Archiv in eine App programmieren lassen, damit sich dieses Wissen gezielt und schnell abrufen lässt. Wer ein paar Stichworte eingibt, erhält sofort Auskunft über frühere Evaluierungen, von der Zusammen-

fassung der wichtigsten Erkenntnisse bis zu Detailauswertungen. Ein enorm nützliches Tool. Der Programmieraufwand war hoch und hat ein Jahr gedauert, ab Oktober steht die App allen Mitarbeitenden der KfW Entwicklungsbank zur Verfügung.

Wird die App auch öffentlich zugänglich sein?

Mittelfristig ist das geplant, aber zunächst muss sie intern flächendeckend im Einsatz sein. Selbstverständlich nutzen wir digitale Technik auch in unserer Öffentlichkeitsarbeit. Unseren aktuellen Evaluierungsbericht mit den Ergebnissen der vergangenen zwei Jahre gibt es in einer Printfassung und einer digitalen Version,

die auch Videos und interaktive Landkarten verwendet.

Was ist die Kernerkenntnis dieses Berichts?

Er enthält eine Fülle von Detailinformationen, aber zunächst berichten wir übergeordnet über die Erfolgsquote, also jenen Anteil der Vorhaben, die – in Schulnoten übersetzt – mindestens mit „3“ bewertet wurden. Diese Quote liegt bei 86 Prozent. Das bedeutet nicht, dass es keine Schwachstellen gäbe. Die Durchschnittsnote der Vorhaben liegt bei 2,8. Sie variiert von Sektor zu Sektor und beträgt bei Wasservorhaben 3,1.

Diese Erfolgsquote finde ich weder überraschend noch überzeugend. Ob Weltbank,

GIZ, KfW oder andere Entwicklungsinstitutionen, Evaluierungen bestätigen regelmäßig eine Erfolgsquote um die 80 Prozent. Das wirkt auf Außenstehende fragwürdig.

Ich kann nur für die KfW sprechen. Wir arbeiten seit zwei Jahrzehnten systematisch unter Verwendung internationaler Standards des OECD-DAC, beauftragen unabhängige Einzelgutachter, wenden strenge Methoden an und veröffentlichen alle unsere Ergebnisse. Unsere Arbeit ist transparent und methodisch fundiert.

Trotzdem stößt sie auf Skepsis. Ein Kollege, der lange für die Weltbank und die GIZ gearbeitet hat, erklärte mir einmal, die Erfolgsquote um 80 Prozent sei systemisch

Ökonomische Corona-Schäden begrenzen

Der Evaluierungsbericht der KfW Entwicklungsbank für die Jahre 2019/20 thematisiert unter anderem Covid-19. Die globale Gesundheitskrise hat bekanntlich verheerende wirtschaftliche Auswirkungen, und besonders hart sind davon Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen (LMICs – low and middle income countries) betroffen.

Der Evaluierungsbericht enthält Vorschläge, wie diesem ökonomischen Trend entgegen gewirkt werden kann, wobei auch auf Weltbank-Erfahrungen zurückgegriffen wird. Sinnvoll sind demnach drei Sorten von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen:

- Mit Liquiditätsspritzen und großzügigeren Krediten können Unternehmen, denen Pandemie und Lockdown zusetzen, unterstützt werden.

- Um Arbeitslosen und ihren Familien zu helfen, ist Sozialhilfe per Bargeldtransfer nützlich. Wo soziale Netze

noch schwach sind, müssen sie ausgebaut werden. Zudem können staatliche Stellen Aufträge vergeben, um Jobs zu schaffen und zu sichern. Solche Maßnahmen müssen aber mit der Einhaltung von Hygienemaßnahmen verknüpft werden.

- Um die Resilienz der Wirtschaft zusätzlich zu stärken, sollte drittens in die Aus- und Fortbildung von Arbeitskräften investiert werden. Das dient mittelfristig sowohl den Einkommen der Beschäftigten als auch der Produktivität der Unternehmen.

Typischerweise evaluiert die KfW abgeschlossene Vorhaben (siehe Interview mit Jochen Kluge). Der Bericht geht aber auch auf neue methodische Konzepte ein. Dazu gehört zum Beispiel die sogenannte Rigorous Impact Evaluation (RIE), die kausale Zusammenhänge nachweisen soll – also prüft, ob ein Vorhaben tatsächlich die erwünschte Wirkung auslöst.

RIGOROSE EVALUIERUNG

Die RIE lehnt sich an die Pharmaforschung an. Wer die Wirksamkeit eines Medikaments untersucht, benötigt eine Kontrollgruppe, der das Mittel nicht verabreicht wird, um zu überprüfen, ob die Effekte, die in der Interventionsgruppe erzielt wurden, tatsächlich auf das Medikament zurückzuführen sind. Teilnehmer beider Gruppen sollen möglichst ähnlich sein, damit tatsächlich das neuartige Arzneimittel die entscheidende Variable ist. Dies wird durch Randomisierung, also die zufällige Zuteilung von Testteilnehmern in die Versuchsgruppen, erreicht.

Die RIE überträgt diese Vorgehensweise zum Teil auf die Evaluierung entwicklungspolitischer Maßnahmen. Dafür erhielten die Ökonomin Esther Duflo und ihre Kollegen Abhijit Banerjee und Michael Kremer 2019 den Nobelpreis in Wirtschaftswissenschaften. Auch die KfW evaluiert Vorhaben mit RIE-Methoden. Ein Beispiel dafür ist ein Projekt in Burkina Faso, das Mangelernährung junger Kinder reduzieren soll, indem es ihren Müttern Transferzahlungen und

Bildungsangebote im Bereich Hygiene, Gesundheit und Ernährung zugutekommen lässt.

Über drei Jahre hinweg erhalten Mütter von Kindern zwischen eineinhalb und zwei Jahren die Bartransfers und Bildungsangebote, während eine Kontrollgruppe von Müttern von Kindern zwischen zwei und zweieinhalb Jahren diese nicht erhält. Nach Ablauf der Frist wird die Kalorienzufuhr der Kinder in beiden Gruppen mit der Kalorienzufuhr vor Beginn des Projekts und untereinander verglichen. Ein Ergebnis könnte sein, dass die Kalorienzufuhr der Kinder in beiden Gruppen gestiegen ist, dass allerdings die Kinder, die Teil des Projekts waren, eine höhere Kalorienzufuhr als die Nicht-Teilnehmer haben. Dies würde die positive Wirkung des Projekts belegen. Mithilfe von Daten über die Situation der Frauen und Kinder sowie ihr Umfeld, die vor, während und nach der Projektphase erhoben werden, kann außerdem ermittelt werden, wie sich das Projekt auf andere Faktoren auswirkt, ob es beispielsweise weniger häusliche Gewalt gibt. Maren van Treel

begründet. Sie sei hoch genug, um die Legitimität der jeweiligen Organisation nicht infrage zu stellen, aber auch niedrig genug, um Misserfolge zuzugeben.

Als Wissenschaftler sind mir Kritik und Skepsis willkommen. Aber pauschal Ergebnisse anzuzweifeln ist nicht konstruktiv. Wenn eine nützliche Debatte entstehen soll, müssen Sie schon unsere Methoden kritisieren und erläutern, weshalb unsere Vorgehensweise und Daten ungenau sein sollen. Wir arbeiten nach festen, transparent nachvollziehbaren Regeln. Wenn wir damit eine konkrete Erfolgsquote ermitteln, ist diese doch nicht einfach deshalb vermeintlich falsch, weil sie ähnlich ausfällt wie bei anderen Institutionen.

Für Evaluierungen brauchen Sie Unabhängigkeit, wie stellt die KfW diese sicher?

Erstens wird die Leitung der Evaluierungsabteilung extern aus der Wissenschaft rekrutiert, das war auch bei meinen Vorgänger*innen so. Zweitens berichte ich direkt dem Vorstand der KfW Bankengruppe und bin nicht in das operative Geschäft der Entwicklungsbank eingebunden, deren Ar-

beit ich bewerte. Drittens entscheidet meine Abteilung eigenständig, welche Fragestellungen wichtig sind und welche Vorhaben wir prüfen. Unsere Arbeit kann für die KfW Entwicklungsbank durchaus unangenehm sein, was offensichtlich kritisch bewertete Vorhaben betrifft, für die ja Kollegen verantwortlich sind. Es geht uns aber nicht um Erfolg und Misserfolg, die Relevanz unserer Arbeit ergibt sich aus den konkreten Ergebnissen jeder Evaluierung.

Bitte nennen Sie ein paar davon.

Wir sehen zum Beispiel, dass die Förderung des Finanzsektors funktioniert, wenn Banken in den Partnerländern Kredite zur Verfügung gestellt werden, damit diese kleine und mittelständige Unternehmen unterstützen können. Und dies umso besser, je professioneller die Partnerbanken arbeiten. Im Umkehrschluss heißt das, je nach Entwicklungsstand des dortigen Finanzsektors, dass unsere Partnerbanken selbst noch Rat und Unterstützung brauchen. Ähnlich zeigt sich, dass das Policy-based Lending der KfW Entwicklungsbank grundsätzlich erfolgreich ist.

Dabei geht es um Darlehen an staatliche Stellen, die mit uns vereinbarte Politik implementieren. Je intensiver der Austausch mit den Partnern läuft, je genauer die Ziele mit ihnen abgestimmt werden und je präziser die Kriterien formuliert sind, die für die Auszahlung der jeweils nächsten Tranche gelten, desto besser sind die Ergebnisse. Solche Einsichten sind unmittelbar praxisrelevant.

LINKS

KfW Entwicklungsbank: Evaluierungsbericht 2019/2020.

<https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Evaluierungsbericht/>

MapMe

<https://mapme-initiative.org>



JOCHEN KLUVE

ist Professor für VWL an der Humboldt-Universität zu Berlin und leitet seit Oktober 2019 die Evaluierungsabteilung der KfW Entwicklungsbank.

jochen.kluve@kfw.de

<https://www.kfw-entwicklungsbank.de>



Folgen Sie uns auf Twitter!
 Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



ABZUG DER TRUPPEN

Wesentliche Gründe westlichen Scheiterns

Die von westlichen Ländern angeführte International Security Assistance Force (ISAF) hat in Afghanistan eine schwere Niederlage erlitten. In deutschen Medien ist die Einschätzung verbreitet, der Versuch, in einer mittelalterlichen Stammesgesellschaft einen modernen Staat zu schaffen, sei ein Fehler gewesen. Dieses Narrativ ist selbstgefällig, weil es offenkundige Defizite der Intervention ignoriert. Es ist zudem herablassend, weil es den Opfern – nämlich Afghanistans Bevölkerung – die Verantwortung gibt. E+Z/D+C-Chefredakteur Hans Dembowski hat den Konflikt 20 Jahre lang beobachtet und stellt nun fest, dass zwei wesentliche Dinge bis heute im Westen nicht verstanden werden.

Von Hans Dembowski

Jede seriöse Analyse der vergangenen 20 Jahre muss zur Kenntnis nehmen,

- dass erstens islamistischer Fundamentalismus ein modernes und kein mittelalterliches Phänomen ist und
- dass zweitens Afghanistan kein isoliertes Entwicklungsland, sondern ungewöhnlich gut in den Weltmarkt integriert ist – allerdings leider nur in den illegalen Drogenhandel.

RELIGIÖSER EXTREMISMUS

Nach 20 Jahren Bundeswehreinsatz in Afghanistan sollte die deutsche Öffentlichkeit eigentlich mehr über den Islam wissen, als dies offensichtlich der Fall ist. Selbstverständlich behaupten die Taliban, ihre Version dieser Religion sei die einzig richtige. Die meisten Muslime weltweit sehen das aber anders, und das gilt vor allem für diejenigen mit theologischer Bildung.

Die Scharia kann auf recht unterschiedliche Weise interpretiert werden. Islamgelehrte haben über die Jahrhunderte in intensiven Debatten verschiedene Schulen herausgebildet. Die Auslegung der Taliban ist extrem sek-

tiererisch. Sie wollen, dass sie für die einzig richtige gehalten wird. Es ist deprimierend, dass in Deutschland auf ihre Propaganda immer noch viele hereinfließen. Für die vielfältige und reiche Geschichte dieser Weltreligion fehlt es offensichtlich an Verständnis.



Afghanische Polizisten 2006 in einem Mohnfeld.

Es muss wieder und wieder erläutert werden, dass es drei grundverschiedene und miteinander nicht kompatible Varianten des islamistischen Fundamentalismus gibt. Der größte Feind des schiitisch-islamistischen Regimes Irans ist das wahhabitische Regime von Saudi-Arabien. Etwas ganz anderes sind die diversen Organisationen, die aus der ägyptischen Muslimbruderschaft hervorgingen oder von ihr inspiriert wurden. International relevant wurden alle drei fundamentalistischen Tendenzen

erst im 20. Jahrhundert (siehe hierzu meine Buchbesprechung in E+Z/D+C e-Paper 2019/10). Sie haben in vom Islam geprägten Gesellschaften die vormals dominanten toleranteren Sufi-Traditionen zurückgedrängt.

Afghanistans Taliban stehen unter wahhabitischen Einfluss. Sie hatten nie freundliche Beziehungen zum Iran. Ihre radikale Ideologie entstand in Flüchtlingslagern in Pakistan in den Jahren, in denen die sowjetische Rote Armee ein kommunistisches Regime in Kabul unterstützte. Damals wollten die USA sogenannte „Freiheitskämpfer“ fördern, weil das im Kalten Krieg nützlich schien. Saudische Missionare predigten ihren wahhabitischen Fundamen-

talismus in den Lagern, und wenn islamistische Rebellen von dort nach Afghanistan gingen, konnten sie auf US-Unterstützung zählen. Es ist eine deprimierende Tatsache, dass Washington den Vorläufern der Taliban half, zur relevanten militärischen und politischen Kraft zu werden.

Nach der Niederlage der sowjetischen Truppen ging der Bürgerkrieg in Afghanistan weiter. In der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre gelang es den Taliban, fast das ganze Land zu kontrollieren. Im Westen gal-

ten sie indessen nicht mehr als nützlich, und ihre Herrschaft war brutal und despotisch.

Nach den Terrorangriffen auf New York und Washington vom 11. September 2001 schickte Präsident George W. Bush US-Truppen nach Afghanistan. Nie wieder sollten militante Islamisten dort sichere Zuflucht finden. Die logische Konsequenz war, dass mit westlicher Hilfe eine afghanische Demokratie aufgebaut werden musste.

NATO und UN schlossen sich dieser Politik an, nachdem US-Truppen Kabul eingenommen hatten. In der Praxis konzentrierte sich das US-Militär allerdings lange darauf, Terroristen und Kriminelle zu jagen. Dabei gab es viele Opfer in der Zivilbevölkerung, auf die im Zweifel keine Rücksicht genommen wurde. Die zwei afghanischen Institutionen, in welche die internationale Gemeinschaft in großem Stil investierte, waren die Armee und die Polizei. Justiz und öffentliche Verwaltung wurden weitgehend vernachlässigt. Derweil blieben Wahlergebnisse regelmäßig umstritten, und die Wahlbeteiligung ließ immer weiter nach.

In allen Entwicklungsländern bestimmt in abgelegenen ländlichen Regionen nicht förmliche Gesetzgebung den Alltag, sondern seit Generationen überlieferte Traditionen. Sie sind meist religiös konnotiert. Westlichen Entscheidungsträgern fiel es oft schwer, entsprechende Strukturen von Taliban-Fundamentalismus zu unterscheiden. Das half den Extremisten, sich als die wahren Vertreter von Glaube und Volk zu inszenieren.

GLOBALER SCHWARZMARKT

Die illegale Drogenwirtschaft war von Anfang an ein Problem. Afghanistan ist der wichtigste Opiumproduzent weltweit und liefert rund 90 Prozent des global verfügbaren Rohstoffs. Im Bürgerkrieg finanzierten sich damit diverse Milizen einschließlich der Taliban.

Was auf Schwarzmärkten geschieht, wird von niemandem statistisch präzise erfasst. Schätzungen zufolge machte aber die Drogenökonomie auch in jüngster Zeit bis zu 30 Prozent der afghanischen Wirtschaftsleistung aus (siehe Janet Kursawe im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2018/12). Davon profitieren nicht nur die Taliban, sondern auch andere Akteure.

Beobachter klagen regelmäßig über die weitverbreitete Korruption in Afghani-



stan. Wo ein Wirtschaftszweig mit zentraler Bedeutung illegal ist, ist aber gar nichts anderes zu erwarten. Organisiertes Verbrechen arbeitet nun mal nicht mit friedlichen Mitteln. Wer sich im Schlafmohngeschäft engagiert, schafft sich Sicherheit durch die Bestechung von Beamten und die Anheuerung von Gewalttätern.

Auf verschiedene Weise ähneln Mafia- banden informellen Milizen, und in Afghanistan gilt das besonders. Vielfach führen ehemalige Kriegsherren das Kommando. Ihre Macht beruht nicht auf mittelalterlichem Denken oder Stammesgewohnheiten, sondern zu einem großen Teil auf Exporterlösen. Relevant sind zudem die perversen Sicherheitsgarantien, für die Mafiaorganisationen generell bekannt sind. Bürgerkriege erziehen Menschen dazu, sich auf gewalttätige Führungsfiguren zu verlassen, ganz egal, wie grausam und widerwärtig diese sein mögen. Ob bewaffnete Männer regulären Verbänden angehören oder nicht, ist dagegen nachrangig – wozu beiträgt, dass staatliche Sicherheitskräfte typischerweise selbst von Korruption betroffen sind.

Westliche Regierungen wussten über diese Dinge Bescheid, aber sie hatten keine Strategie dagegen. Die Drogenwirtschaft zu unterbinden war unmöglich, weil

- zu viele Menschen von ihr abhängen und
- zu viele mächtige Akteure involviert sind.

Eine illegale Branche lässt sich nicht formalisieren, aber ohne Formalisierung gibt es keine moderne Volkswirtschaft. Angesichts der großen ökonomischen Bedeutung von Opium – und mittlerweile auch der Weiterverarbeitung zu Heroin, dem Anbau von Cannabis oder der Produktion von Chrystal Meth – konnte der Aufbau eines modernen demokratischen Staates nicht gelingen.

Die westliche Öffentlichkeit schaute weg. Die Politik rang sich nicht zu unkonventionellen Politikkonzepten durch, die

Drogengeld hätten legalisieren können. Opiatabhängigkeit ist entsetzlich, folglich kann der Handel nicht einfach freigegeben werden. Vielleicht hätte die internationale Gemeinschaft zu attraktiven Garantiepreisen regelmäßig den Großteil der Opium-ernte aufkaufen und dann vernichten sollen. Das wäre teuer geworden – aber laut Schätzung der New York Times hat der Krieg die USA ohnehin um die 2000 Milliarden Dollar gekostet. Der Aufkauf des Rohstoffs hätte zumindest in den betroffenen Regionen, anders als die gelegentliche Zerstörung von Feldern, keine Ressentiments ausgelöst.

Drei Jahrzehnte bevor Bush seinen Krieg gegen den Terror verkündete, hatte US-Präsident Richard Nixon einen Krieg gegen die Drogen ausgerufen. Westliche Gesellschaften sollten von verbotenen Rauschmitteln befreit werden, die als Straftatbestand, aber nicht als Gesundheitsproblem gesehen wurden.

Das ist nicht gelungen. Verbotene Rauschmittel sind in allen westlichen Ländern heute weit verbreitet. Die Drogenpolitik wird aber nur in kleinen Schritten zögerlich korrigiert. Prominente Stimmen – darunter die ehemalige Bundespräsidentin der Schweiz, Ruth Dreyfus – setzen sich zwar für stimmige Regulierung statt Prohibition ein, aber sie finden nicht viel Gehör (siehe Eleonore von Bothmer im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2018/12).

Die dysfunktionale Drogenpolitik westlicher Länder hat die globale Nachfrage nach Opium nicht reduziert, sondern verstärkt. Das illegale Geschäft ist höchst lukrativ. Es unterhöhlt funktionierende Staatlichkeit auch anderswo – zum Beispiel in Kolumbien und Mexiko, auf Transitrouten durch die Sahelzone oder auch in Elendsvierteln von Rio de Janeiro und Los Angeles. Wo der Schwarzmarkt die Lebensgrundlage vieler Menschen ist, gibt es keine Rechtsstaatlichkeit. Die fehlgeleitete internationale Drogenpolitik hat mithin zum Scheitern von ISAF beigetragen – ebenso wie das völlige Unverständnis für die Lebensbedingungen und informelle Traditionen im ländlichen Raum von Bürgerkriegsländern.

HANS DEMBOWSKI

ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Das Lied der Heimat

Mahani Teave verließ mit neun Jahren ihre Heimat, die Osterinsel, weil sie eine Musikkarriere anstrebte. Mit 17 Jahren schloss sie ihr Musikstudium auf dem chilenischen Festland ab und setzte ihre Ausbildung in den USA und Deutschland fort. Sie wurde eine der herausragendsten lateinamerikanischen Pianistinnen ihrer Generation.

Trotz allen Erfolgs fehlte ihr die Heimat. „Ich spürte das Gewicht der Insel“, erinnert sie sich. „Es gab dort keine Klaviere. Ich dachte: ‚Welche Zukunft haben die talentierten Kinder der Insel?‘“ Zwei Jahrzehnte nachdem sie die Insel verlassen hatte, folgte Teave ihrem Gefühl und kehrte 2012 nach „Rapa Nui“ zurück, wie die Osterinsel in der polynesischen Sprache der Ureinwohner heißt.

Mit Unterstützung von Spendern und Freunden eröffnete sie eine Musikschule, und nun gab es zum ersten Mal auf der Osterinsel Klaviere und Musikunterricht für Kinder. Mit der Rückkehr in die Heimat erfüllte sich ein Traum für die Musikerin, aber er bedeutete auch eine große kulturelle Veränderung. Nach Jahren auf dem internationalen Musikparkett kehrte sie an einen der isoliertesten bewohnten Orte der Erde zurück. Die Osterinsel mit ihren rund 7750 Einwohnern ist eine Vulkaninsel im Südpazifik, 3700 Kilometer westlich von Chile. Sie ist 5,5 Flugstunden von Santiago auf dem Festland entfernt.

Die Osterinsel ist vor allem für fast 900 monumentale Statuen bekannt, die „Moai“ genannt werden – in Stein gemeißelte, menschliche Figuren mit übergro-

ßen Köpfen, die zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert geschaffen wurden. Seit 1995 ist der Großteil der Osterinsel als Nationalpark Rapa Nui Teil des UNESCO-Welterbes.

Die Insel, die 1888 von Chile annektiert wurde, lebt hauptsächlich vom Tourismus. Viele junge Menschen, denen es auf der Insel an Möglichkeiten mangelt, gehen auf das Festland. Infolgedessen kämpft die einheimische Kultur um ihr Überleben. Teave beschloss, trotzdem ihr Glück auf der Insel zu suchen. Sie hofft, dass ihre Musikschule es den rund 100 Schülern ermöglicht, ihre Talente zu entwickeln und gleichzeitig ihre eigene Kultur zu leben.

Die Leitung der Schule – die inzwischen zu einer Organisation geworden ist, die sich auch im Umweltschutz engagiert – erfordert Teaves volle Aufmerksamkeit. Für Konzerte und Reisen ins Ausland hat sie kaum mehr Zeit. Ein internationales Publikum hat sie aber dennoch: Teaves erstes Album „Rapa Nui Odyssey“, das dieses Jahr erschien, erreichte in den US-Billboard-Charts eine hohe Platzierung. Der Dokumentarfilm „Song of Rapa Nui“, der Teaves Geschichte erzählt, erhielt eine Emmy-Nominierung.

Alle Einnahmen aus dem Album und dem Dokumentarfilm gehen an die Musikschule, sagt die Pianistin. Obwohl sie die ganze Welt bereist hat, hat sie nie daran gezweifelt, dass die Osterinsel ihre wahre Heimat ist.



JAVIER A. CISTERNA FIGUEROA
ist ein chilenischer
Journalist mit Sitz in
Concepción.

cisternafigueroa@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

62. Jg. 2021

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 27.8.2021 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Sabine Balk (SB; Redakteurin), Dagmar Wolf (DW; Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Katja Dombrowski (KD),

Aviva Freudmann (AF), Monika Hellstern (MH; Social Media), Jan

Walter Hofmann (JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die

FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

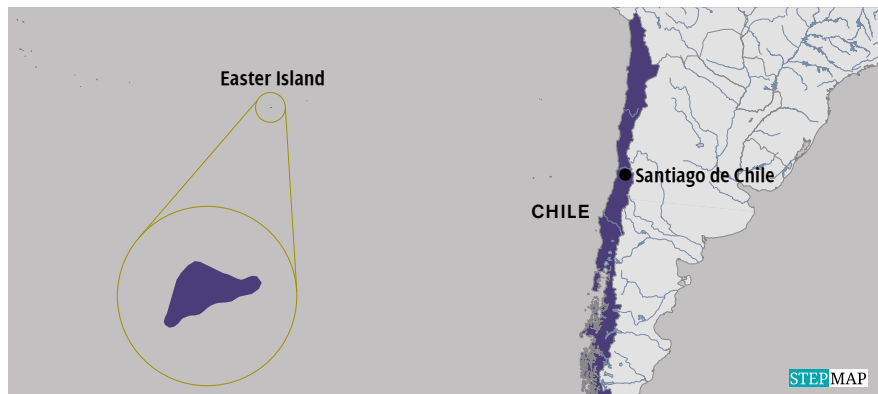
Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



ARABISCHER FRÜHLING

Breite Enttäuschung

Tunesiens junge Demokratie ist in Gefahr. Ihr Ende wäre für Libyen und den gesamten arabischen Raum ein schlechtes Omen.

Von Moutaz Ali

Am 25. Juli 2021 entließ Tunesiens Präsident Kais Saied den parteilosen Premierminister Hichem Mechichi und suspendierte das Parlament für 30 Tage. Zudem versprach er, als Generalstaatsanwalt persönlich in Korruptionsfällen zu ermitteln. Manche Tunesier befürchten, das sei das Ende der jungen Demokratie. Die moderat-islamistische Partei Ennahda spricht von einem Coup.

Im Land herrscht seit Langem große Unzufriedenheit. Große Proteste fanden statt, kurz bevor der Präsident seine Entscheidung im Fernsehen bekannt gab. Es ist unklar, ob diese orchestriert oder spontan waren. Jedenfalls reagierten viele Tunesier mit Freude.

Laut Mabrouka Khedir von der Zeitung „Assabah News“ ist die Bevölkerung von Jahren wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Krisen tief enttäuscht. Der politischen Elite werde Korruption, Machtmissbrauch und Desinteresse am Leben der Menschen vorgeworfen. Dem Medienexperten Ahmed Kadri zufolge brachte Covid-19

das Fass zum Überlaufen. Die Pandemie hat das Land schwer getroffen. In diesem Szenario habe Saied Notstandsrechte ergreifen müssen, sagt Emad Al Alam von der libyschen Zeitung „Al-Akhbaria“.

Wenn der Präsident die Probleme des Landes nicht in den Griff bekommt, kann er die aktuell breite Unterstützung schnell verlieren. Es ist kein gutes Zeichen, dass Saied die Suspendierung des Parlaments nach Ablauf der 30 Tage auf unbestimmte Zeit verlängerte. Die „Voice of America“ fragt, ob er Tunesiens Demokratie tatsächlich mit undemokratischen Mitteln retten kann.

Die Journalistin Bahija Belmabrouk findet die Verhaftung kritischer Blogger besorgniserregend. Ihnen wird vorgeworfen, sich inakzeptabel über Armee und Staatsoberhaupt geäußert zu haben.

Internationale Beobachter sehen Parallelen zur Machtergreifung von Ägyptens Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi 2013. Zwei Jahre nach dem Arabischen Frühling wuchs die Unzufriedenheit der Ägypter mit dem gewählten Präsidenten Mohammed Mursi von den Muslimbrüdern, was in Großkundgebungen zum Ausdruck kam. Seitdem regiert al-Sisi mit eiserner Faust. Wahlen, die weder frei noch fair waren, machten ihn zum Präsidenten.

Der Arabische Frühling hatte in Tunesien begonnen. Seit zehn Jahren herrscht Demokratie. Jedoch bekamen ständig wechselnde Regierungen Missstände wie Armut und Arbeitslosigkeit nicht in den Griff. Die Partei Ennahda ist Tunesiens Version der Muslimbrüder, und sie war an vielen Regierungskoalitionen beteiligt. Ihr Vorsitzender Rachid al-Ghannouchi nennt sie eine Organisation von „Muslimdemokraten“. Er hat sich als deutlich weniger dogmatisch als Mursi erwiesen. Dennoch gelten seine und andere Parteien vielen Tunesiern heute als korrupt und weltfremd.

Präsident Saied hat den Ruf der Integrität. Er ist Jurist, und seine Unterstützer erwarten, dass er die demokratische Grundordnung effizienter macht, ohne ihre Substanzen zu beeinträchtigen. Leider lehrt die Geschichte, dass, wer eigenmächtig die Macht ergreift, selten wieder von ihr lässt.

Die Bürger im Nachbarstaat Libyen beobachten die Entwicklungen in Tunesien aufmerksam, auch wenn sie nicht mit unmittelbaren Auswirkungen auf ihr eigenes Land rechnen. Historisch sind die beiden Nationen sehr verschiedenen, auch wenn sie bis 2011 Autokratien waren. Tunesische Institutionen waren immer stärker. Der libysche Journalist Mahmoud Shaman sagt, in Tunesien gebe es, seit Habib Bourguiba das Land 1956 in die Unabhängigkeit von Frankreich führte, liberale Tendenzen. Zivilgesellschaftliche Organisationen – besonders Gewerkschaften – sind tiefer verwurzelt als in Libyen.

Entsprechend verliefen die Revolutionen von 2011 unterschiedlich. Die Tunesier konnten eine demokratische Grundordnung einführen, während Libyen zu einem gescheiterten Staat wurde und unter Ausbrüchen politischer Gewalt leidet. Indes sind die Menschen in beiden Ländern von Europa tief enttäuscht. Wir alle hatten beim Übergang zur Demokratie mehr Unterstützung erwartet. Nichtsdestotrotz wäre es ein schlechtes Omen für Tunesien und den gesamten arabischen Raum, wenn die einzige Demokratie der Region wieder zur Diktatur würde.



Ob Präsident Kais Saied Tunesiens Demokratie mit undemokratischen Mitteln retten kann oder beenden wird, bleibt abzuwarten.



MOUTAZ ALI
arbeitet als Journalist in der libyschen Hauptstadt Tripolis.

ali.moutaz77@gmail.com

HUMANITÄRE NOTSTAND

Krise in Äthiopien spitzt sich zu

Der Konflikt im Norden Äthiopiens schaukelt sich in einer Spirale aus Misstrauen und Gewalt weiter hoch. Die Unruhen erfassen weitere Landes- und Bevölkerungsteile. Interventionen externer Akteure haben die Situation bisher nur weiter verschärft.

Von Markus Rudolf

Begonnen hatte der Konflikt im November 2020 mit bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der äthiopischen Zentralregierung und der Regionalregierung von Tigray (siehe meinen Beitrag im E+Z/D+C e-Paper 2021/01, Debatte). Damals gab es bereits eine Versorgungskrise mit Lebensmitteln, ausgelöst durch eine Heuschreckenplage im Vorjahr. Hinzu kam die bis heute nicht abebbende Corona-Pandemie.

Konfliktparteien sind auf der einen Seite die Streitkräfte der Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) und auf der anderen Seite die äthiopischen Streitkräfte (ENDF), die eritreische Armee (EDF) sowie Milizen aus den Nachbarregionen. Neben den militärischen Auseinandersetzungen tobt zunehmend eine Propagandaschlacht um das Narrativ, wer im Konflikt welche Rolle spielt und wer welche Gräueltaten und Massaker zu verantworten hat. Humanitäre Hilfe ist mehr und mehr zum Politikum und die Zi-

vilbevölkerung zum Faustpfand im Kampf um die Gunst der Weltöffentlichkeit geworden. Die Zentralregierung prangert eine einseitige Berichterstattung des Westens an und verwehrt sich gegen jede Einmischung von außen. Die diplomatischen Beziehungen zu wichtigen Verbündeten und Nachbarländern befinden sich auf einem Tiefpunkt. Experten, Politiker und Journalisten verstärken die Grabenkämpfe meist noch. Es droht eine zunehmende Isolation Äthiopiens.

Die scharfe Auseinandersetzung über die Glaubwürdigkeit des Gegners ist dabei kein Nebenprodukt des Krieges, sondern der eigentliche Ausgangspunkt. Große Teile der Bevölkerung vermuten alte Kader hinter den politischen Unruhen. Bis Premierminister Abiy Ahmed 2018 ins Amt kam, hatte die TPLF Äthiopiens Politik jahrelang durch Gewalt, Zensur und Repressionen dominiert. Aufgrund der jahrzehntelangen Menschenrechtsverletzungen ist die ehemalige Regierung in weiten Teilen des Landes verhasst.

Abiy und seine Anhänger sehen es als Folge der Teile-und-herrsche-Strategie der TPLF, die den ethnischen Föderalismus sogar in den Verfassungsstatus hob, dass die Gewalt derzeit entlang ethnischer Linien verläuft. Sie versuchen, die politischen Spannungen durch Zentralismus zu über-

winden und sind der Meinung, dass dies mit einer TPLF, die separatistische Tendenzen weiter anheizt, nicht möglich ist. In Tigray selbst haben vor allem die jüngsten Ereignisse und die Furcht vor allgemeiner ethnischer Gewalt dazu geführt, dass sich die Reihen hinter der TPLF geschlossen haben.

Im Endeffekt handelt es sich um einen Machtkampf zwischen Politikern, die sich in der Tradition von Guerillakämpfern sehen und die alle Mittel zur Diskreditierung des Gegners nutzen: Die TPLF stellt seit Beginn des Konfliktes die Hungersnot als beabsichtigt und Teil eines versuchten Genozids durch die äthiopische Zentralregierung dar. Die Regierung Abiy Ahmed macht wiederum die TPLF für die Lage, die Gewalt und die Blockade der Zugangswege verantwortlich – ohne einzugestehen, dass eine Vielzahl von Akteuren zunehmend unkontrolliert agiert.

Das Vertrauen, das das Gegenüber mit offenen Karten spielt, ist völlig verloren. Jede Meldung über Massaker, Folter, Massenvergewaltigungen und weitere Verbrechen gegen die Menschenrechte der einen Seite wird von der anderen durchwegs als Propaganda diffamiert. Wer die Taten verurteilt, macht sich automatisch zum Sprachrohr des Gegners und bestätigt die Verschwörung gegen das eigene Lager.

Regierungsbefürworter sehen Hilfsaktionen für Tigray oder Camps für äthiopische Flüchtlinge als Vorwand, die TPLF zu unterstützen. Nachdem es von Anfang an Behinderungen und Übergriffe auf Hilfskonvois gab, ermordeten im Juni Unbekannte drei Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen und im August entzog die Zentralregierung mehreren NGOs wegen Vorwürfen der Falschinformation die Lizenz. Die UN sprachen daraufhin von einer Pauschalverurteilung humanitärer Organisationen.

Es besteht nun das Dilemma, dass humanitäre Hilfe dringend benötigt wird, jede Einmischung von außen aber die Notlage potenziell verschärft. Die internationale Gemeinschaft muss schnell Alternativen zum bisherigen Vorgehen finden, um die Bevölkerung vor noch mehr Leid zu schützen.



In Äthiopien droht eine Hungersnot – die UN und andere Organisationen werden bei der Hilfe behindert.



MARKUS RUDOLF
ist Senior Researcher am
Internationalen Konversions-
zentrum Bonn (Bonn
International Center for

Conversion – BICC).

markus.rudolf@bicc.de

KOLONIALVERGANGENHEIT

Deutsches Erbe in Burundi

Burundi war Anfang des 20. Jahrhunderts deutsche Kolonie. Von 1916 bis 1962 herrschten die Belgier und prägten das Land weitaus stärker. Trotzdem lassen sich auch noch Spuren der deutschen Zeit im Land finden.

Von Mireille Kanyange

Als die Europäer 1884 auf der Kongo-Konferenz in Berlin Afrika unter sich aufteilten, fiel das Gebiet des heutigen Burundis dem deutschen Einflussbereich zu. 1896 trafen die ersten deutschen Missionare und Soldaten in diesem Teil Deutsch-Ostafrikas ein, der Aufbau von Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern begann erst 1909. Nur sieben Jahre später besetzten belgische Truppen das Protektorat und setzten der kurzen deutschen Herrschaft ein Ende.

Der Haupterinnerungsort an die deutsche Kolonialzeit befindet sich in Kiganda in der zentralburundischen Provinz Muramvya. Kiganda war die Hauptstadt des damaligen Königreichs. Der Herrscher, König Mwezi Gisabo, leistete den deutschen Besatzern zunächst Widerstand. Seine Streitkräfte, die mit Pfeil und Bogen kämpften, waren den mit Gewehren ausgestatteten Truppen jedoch unterlegen, und so unterwarf sich der König den Kolonisatoren 1903 im „Vertrag von Kiganda“. Erst 1962 erlangte Burundi seine Unabhängigkeit zurück.

Die Deutschen schafften unter anderem das traditionelle Tauschsystem ab und führten die Benutzung von Rupien und Heller ein. Das Wort „Amahera“ in der Landessprache Kirundi bedeutet Geldmünze und ist vom deutschen „Heller“ abgeleitet. Gleichmaßen ist „Ishule“ auf das deutsche Wort „Schule“ zurückzuführen und „Intofanyi“ – in stärkerer Abwandlung – auf „Kartoffel“, eine Frucht, die die Deutschen nach Burundi brachten.

Doch nicht nur in der Sprache schlägt sich das deutsche Erbe nieder. Auch Orte erinnern daran, beispielsweise der „Friedhof der Deutschen“ in Rugombo in der nordwestlichen Provinz Cibitoke. Dort sind zehn deutsche sowie weitere Soldaten begraben,

die im Ersten Weltkrieg gekämpft haben. Die deutsche Botschaft und in Burundi lebende Deutsche halten dort regelmäßig Gedenkveranstaltungen ab.

In der Provinz Rutana an der Grenze zu Tansania gibt es die „Krater der Deutschen“. In dieser spektakulären Schluchtenlandschaft kämpften deutsche Soldaten im Ersten Weltkrieg gegen andere Invasoren. Heute dient das Gebirgsmassiv der burundischen Armee als Übungsgelände.

DEUTSCH-BURUNDISCHE VERBINDUNG

Die Verbindung zwischen Deutschland und Burundi wurde 2017 durch die Einführung von Deutsch als Studienfach an der Universität von Burundi verstärkt. Rund 20 Studierende sind eingeschrieben. Deutschlehrer Helmenegilde Ntabiriho sieht im Erwerb dieser Fremdsprache viele Vorteile, darunter die Möglichkeit, Studienstipendien zu erhalten. Zudem seien viele Werke der Weltliteratur auf Deutsch verfasst und es sei eine wichtige Sprache in der Wissenschaft.

Lucien Nahimana, ein Burundier, der viele Jahre in Deutschland gelebt hat, sagt: „Es ist sehr wichtig, diese Sprache zu beherrschen, und sie ist leicht zu lernen.“ Renaud Niyonkeza spielt Theater und war mit seiner Truppe auf Tour in Europa. Auch er ist der Meinung, dass Deutsch eine wichtige Sprache ist. „Ich habe einige grundlegende Wörter gelernt, und das hat mir sehr geholfen“, sagt er.



Deutschland unterstützt Burundi im Rahmen von bilateraler und europäischer Zusammenarbeit. Zu den Organisationen, die sich in Burundi engagieren, gehören die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die christliche Friedensorganisation Eirene und die Welthungerhilfe. Aktiv sind sie unter anderem in den Bereichen Wasser- und Sanitärversorgung, Kommunalentwicklung, Medien und Konfliktprävention.

2015, als der damalige Präsident Pierre Nkurunziza eine weitere Amtszeit anstrebte und das Volk dagegen auf die Straße ging, erlebte die Zusammenarbeit einen Tiefpunkt. Im Moment findet ein politischer Dialog mit Deutschland und der EU statt, der auf burundischer Seite vom Außenministerium geführt wird, das auch für die internationale Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist. In dem Dialog geht es um das Abkommen von Cotonou, das demokratische Prinzipien zur Grundlage von Zusammenarbeit macht, insbesondere die Beachtung der Menschenrechte.



MIREILLE KANYANGE
ist Journalistin und Reporterin bei Radio Isanganiro in Burundi.
mika.kanyange@gmail.com



Diese Leihapotheke in Bujumbura wurde mit Hilfe des deutschen Vereins Burundikids eingerichtet.

UNGLEICHHEIT

Steuern statt wohltätige Spenden

Bill und Melinda Gates trennen sich, ihre Ehe funktioniert nicht mehr. Zunächst hieß es, sie würden die nach ihnen benannte Stiftung gemeinsam weiterleiten, aber auch das steht nicht mehr fest. Wie die beiden ihr Leben leben, ist ihre Privatsache, und wie sie ihr Geld ausgeben, ebenfalls. Sie beanspruchen, das Gemeinwohl zu fördern – aber wie sie es definieren, ist abermals Privatsache. 2019 machte die Gates-Stiftung Spenden im Gesamtwert von 5 Milliarden Dollar. Sie unterstützt Dinge wie Impfungen, erneuerbare Energie und Geschlechtergleichstellung. Letzteres liegt allerdings Melinda mehr am Herzen als Bill. Medienberichten zufolge interessiert er sich für Technik und sie sich für Gesellschaftspolitik.

Von Hans Dembowski

In gewissem Maß verdienen Reiche Lob für wohltätiges Handeln. Groß angelegte Philanthropie spiegelt allerdings oligarchische Machtverhältnisse wider. Scheinbar selbstloses Handeln kann durchaus umstrittene Technologien fördern. Die Gates-Stiftung findet denn auch genetisch manipulierte Lebensmittel in ihrer Agrarförderung okay. Superreichen Unternehmern schlägt zudem Misstrauen entgegen. Die Verschwörungstheorie, der zufolge die Gates-Stiftung bei Impfungen zu Überwachungszwecken Mikrochips in Menschen injizieren lässt, ist selbstverständlich Unfug – aber sie zeigt, dass nicht alle den guten Absichten von Milliardären trauen.

Gates hat sein gewaltiges Vermögen auch nicht einfach in freier marktwirtschaftlicher Konkurrenz erworben. Kunden kauften die Software der von ihm gegründeten Firma Microsoft in den 1980er Jahren nicht, weil sie besonders gut war. Wer sich für Microsoft entschied, wusste, dass die eigene Computerausstattung mit anderen kompatibel sein würde. Der Erfolg beruhte auf einem Netzwerkeffekt. Die Nische, in der das Unternehmen gedieh, entstand, als Wettbewerbsrüster die Marktmacht von IBM begrenzen. In den 1990er-Jahren richteten sich Kartellverfahren dann gegen Microsoft

selbst. Staatliche Regulierer verhinderten, dass Gates sich das Internet mit monopolistischer Macht unterwarf.

Superreichen Eliten darf weder die Definition des Gemeinwohls noch seine Finanzierung überlassen werden. Nötig sind breite öffentliche Debatten und verantwortliche Regierungsführung. Neben Unternehmensinteressen verdienen auch soziale und ökologische Themen Beachtung. Steuern dienen der Finanzierung öffentlicher Güter – von Straßen über Schulen und Krankenhäuser bis hin zur Justiz. Staatliche Umverteilung verhindert zudem inakzeptable Armut. Eine gerechte Gesellschaftsordnung beruht nicht auf der Wohltätigkeit der finanziell Stärksten. Sie erfordert einen Gesellschaftsvertrag, der alle nach ihren Kräften ihren Anteil leisten lässt. Wir leben nicht mehr in der feudalen Ära, in der vermutet wurde, die Reichsten und Stärksten könnten über alles am besten entscheiden.

Allerdings hat die internationale Staatengemeinschaft in den vergangenen Jahrzehnten bestimmte Großunternehmen Steuerschlupflöcher nutzen und manche Investoren extrem reich werden lassen. Wir haben eine globale Ordnung für den Han-

del, aber nicht für das Steuerwesen. Es ist deshalb gut, dass Regierungen bei der gemeinsamen Arbeit an einer internationalen Mindestbesteuerung von Konzernen vorankommen.

Im Juli stimmten die Finanzminister der 20 größten Volkswirtschaften (G20) in Venedig ein Konzept ab, das von 130 Regierungen unterstützt wird. Die globale Koordination von Steuerpolitik widerspricht übrigens nicht nationaler Souveränität. Sie macht sie langfristig möglich. Um wechselseitige Unterbietung zu beenden und überall ausreichende Staatseinnahmen sicherzustellen, muss allerdings noch viel passieren – und in Zeiten der rasant eskalierenden Klimakrise wirkt jeglicher Fortschritt arg langsam. Die Richtung stimmt aber.

PS: Ungleichheit ist mittlerweile extrem. Manche Milliardäre machen mit Philanthropie ihren Wohlstand sichtbar; andere protzen ohne große Gemeinwohlsprüche mit privater Raumfahrt. Das Motto der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) ist, niemanden zurückzulassen. Die Erfüllung des Wunsches weniger extrem reicher Menschen, mal kurz im All Schwerelosigkeit zu erleben, steht nicht auf der SDG-Agenda.

HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu



Melinda und Bill Gates 2019.



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook

D+C

D+C Development
and Cooperation
@development.and.cooperation

- Startseite
- Beiträge
- Fotos
- Info
- Community

Seite erstellen



Geteilt mir · Teilen · Änderungen vorschlagen · Mehr dazu · Nachricht

Beiträge

D+C D+C Development and Cooperation
22. Juli · G

Racism means that members of specific minorities face resentment and do not enjoy the same opportunities as others. Ultimately, everyone suffers. Societies marked by racism typically do not have strong idea of the common good. Find out more in our August e-Paper on „Challenging racism“.

*** Inclusive "Mestzaje" rhetoric has been concealing Mexico's deep-seated racism for a long time

*** The Roma are Europe's largest minority – and their history is one of exclusion and persec... Mehr ansehen



D+D+C EU
Challenging racism | D+C - Development + Cooperation

Community

Alle ansehen
216.690 Personen gefällt das
216.773 Personen haben das abonniert

Info

Alle ansehen
Kontaktiere D+C Development and Cooperation im Messenger
www.dandc.eu
Zeitschrift

Seitentransparenz

Mehr ansehen
Facebook möchte mit diesen Informationen transparenter machen, warum es bei dieser Seite geht. Hier erfährst du mehr zu den Personen, die die Seite verwalten und Beiträge darin posten.
Seit erstellt: 8. Januar 2014

Personen

216.690 „Geteilt mir“-Angaben

Ähnliche Seiten

Pamir Group Of Companies
Automobilherstellungen



Olmoran, eine Kriegerfigur aus einem der Computerspiele von Leti Arts, einem ghanaisch-kenianischen Spieleentwickler.



Digitale Trends

Gesellschaft und Wirtschaft befinden sich in einem Wandel vom analogen zum digitalen Zeitalter. Digitalisierung schafft viele neue Chancen und erleichtert Prozesse und Arbeiten. Die Entwicklung birgt aber auch zahlreiche Risiken und Gefahren wie Verlust von persönlicher Freiheit und Arbeitsplätzen sowie Abhängigkeit von Technik. Es ist Aufgabe der Politik den digitalen Wandel zu begleiten, zu regulieren und die

Bürger vor Gefahren zu schützen. Wichtig ist, dass alle lernen, mit den digitalen Technologien umzugehen und sie einzuschätzen.



Dieser Schwerpunkt hat Bezüge zu fast allen UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG) und zum SDG-Motto „Niemanden zurücklassen“.

COMPUTERSPIELE

Die Zeit ist reif

Die Digitalisierung in Afrika ist in vollem Gange. Trotz vieler Hindernisse wie schlechter Infrastruktur und fehlender Finanzierung treibt eine neue Generation von Tech-Unternehmern die Entwicklung voran. Einer von ihnen ist Eyrar Tawia, Mitgründer und CEO von Leti Arts, einem der ersten Unternehmen, das Computerspiele in Subsahara-Afrika entwickelt.

Eyrar Tawia im Interview mit Sabine Balk

Was genau macht Leti Arts?

Mit zehn Vollzeitmitarbeitenden entwickeln wir Spiele und digitale Comics mit afrikanischem Hintergrund und afrikanischem Storytelling. Wir haben Büros in Ghanas Hauptstadt Accra und in Kenias Hauptstadt Nairobi. In unseren Produkten erwecken wir Superhelden in fantastischen Welten im Afrika der nahen Zukunft zum Leben. Wir haben ein Computerspiel namens „African Legends“ entwickelt, dem bald eine erweiterte Version namens „Africa's Legends Reawakening“ folgen wird. Wir betreiben auch die Online-Plattform Afrocomix. Das ist eine Anwendung, die wir für den Verkauf von Produkten wie Wallpaper, kurzen Animationen, Comics oder Graphic Novels nutzen. Etwa 60 Kreative stellen ihre Inhalte auf dieser Plattform zur Verfügung. Unser drittes großes Standbein ist Consulting. Wir entwickeln Spiele oder Apps für Kunden. So finanzieren wir im Moment unsere Spieleentwicklung.

Können Sie mir ein Beispiel für eine App nennen, die Sie erstellt haben?

Wir haben mehrere Apps erstellt. Einige werden von UN-Organisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Behörden,

der Weltbank und dergleichen finanziert. Die Spiele haben ernste Themen wie Malaria-Prävention oder Aufklärung über reproduktive Gesundheit. Ein Beispiel ist die interaktive Story-Game-Plattform myjorley.com. Die Spieler treffen Entscheidungen über sexuelle und reproduktive Gesundheit. Dieser Geschäftszweig ist sehr wichtig für uns, denn damit generieren wir Einnahmen. Die Spieleindustrie ist in Afrika noch sehr schwach, und es ist sehr schwer, damit Geld zu verdienen.

Was ist Ihr längerfristiger Plan in Bezug auf den Verkauf der Spiele?

Wir sprechen mit Partnern aus der Film- und Verlagsbranche, die einen Teil der Rechte an unseren Superheldenspielen kau-

fen wollen. Wir haben spannende Geschichten zu erzählen und entwickeln aufregende Spiele. Wir denken, dass unser neues Spiel „Africa's Legends Reawakening“ Einnahmen bringen wird, sobald es fertig ist. Bis dahin haben wir die Einnahmen aus unseren anderen Produkten.

Warum ist es so schwer, mit Computerspielen Geld zu verdienen? Es ist eine riesige Branche in der westlichen Welt.

Hier in Afrika ist das noch ganz neu, es gibt bislang kaum Spieleentwicklung. Wir machen auf die neuen Möglichkeiten aufmerksam und wollen dazu beitragen, die Denkweise positiv zu verändern. Dazu müssen wir das richtige „Ökosystem“ schaffen, und das braucht Zeit. Es ist wichtig, dass unsere Spiele hier in Afrika entstehen, trotz aller Schwierigkeiten. Am meisten fehlt es uns an Wissen und Können. Es gibt kaum Universitäten oder Schulen, die Spieleentwicklung unterrichten. Afrika muss mehr Leute ausbilden. Wir sind Teil des Wandels und wollen, dass unsere Spiele mit amerikanischen Spielen konkurrieren können. Wir setzen auf lokales Know-how und Talent.

Wie verbessern Sie das Know-how?

Ich bin Vollzeit-Spieleentwickler. Ich ver suche, ein Vorbild zu sein, und ich möchte andere Menschen dazu ermutigen, dies ebenfalls zu werden. Als wir 2009 an fingen, Spiele zu entwickeln, waren wir im Grunde die Einzigen. Deshalb erzähle ich meine Geschichte und habe sogar ein Buch darüber geschrieben. Ich möchte ein positives Beispiel setzen und andere ermutigen. Mein eigener Ansatz war Learning by Doing, was sehr effektiv sein kann. Aber wir müssen auch junge Menschen ausbilden. Vor Jahren habe ich eine Nichtregierungsorganisation gegründet, die sich auf Bildung konzentriert. Sie heißt „Steam Africa“, was für „Science, Technology, Engineering,



Die Superhelden Ananse, Oya und Olmoron des neuen Spiels „Africa's Legends Reawakening“ von Leti Arts.

Arts and Mathematics“ steht. Wir nutzen den Prozess der Spieleentwicklung, um Informatik zu unterrichten, weil die Herstellung eines Spiels alle relevanten Fähigkeiten beinhaltet, einschließlich Programmierung und Softwaredesign. Auf der anderen Seite sind auch das Schreiben von Geschichten und künstlerisches Arbeiten relevant. Wir bringen Autoren bei, Geschichten für ein digitales Produkt zu schreiben.

Wie kann man an Ihrem Programm teilnehmen?

Bisher haben wir noch keine formale Struktur. Aber ich arbeite daran, Partnerschaften aufzubauen, um ein formelles Kompetenztraining durchführen zu können. Ich habe die Idee auf Konferenzen vorgestellt und sie in mehreren Ländern erprobt, unter anderem in Simbabwe, Ghana und Belgien. Ich habe verschiedene Zielgruppen unterrichtet –, Erwachsene, Universitätsstudenten, Kinder – und ich glaube, dass mein Ansatz gut ist. Jetzt, in der Covid-19-Zeit, habe ich zum ersten Mal Online-Unterricht gemacht. Außerdem bildet unser Unternehmen Praktikanten aus.

Wie sieht es mit der Formalisierung der Ausbildung aus?

Soweit ich weiß, haben nur sehr wenige Universitäten Studiengänge für Spieleentwicklung im Angebot. Ich weiß von einer Uni in Kenia und einer in Südafrika. Ich glaube, dass viel mehr Universitäten Informatik und Spieledesign unterrichten sollten. An meiner Universität, der Kwame Nkrumah University of Science and Technology (KNUST), war ich, soweit ich weiß, der Erste, der ein Spiel entwickelt hat. Ich wollte beweisen, dass das auch in Afrika möglich ist. Nach mir haben weitere Studenten ähnliche Projekte gestartet. Außerdem sollten die Regierungen einen Fonds für Spielefirmen einrichten, so wie es die finnische Regierung tut. Finnland ist ein Gigant in der Spieleindustrie und verdient eine Menge Geld damit. Afrika sollte das auch tun. Afrikanische Unternehmen könnten zu großen Playern auf der Welt werden. Wir haben enormes Potenzial, wir haben eine Milliarde Menschen und die jüngste Bevölkerung der Welt. In den USA ist die Spieleindustrie größer als die Film- und Musikindustrie zusammen. Wenn das dort möglich ist, warum sollte es in Afrika nicht auch möglich sein? Die Gelegenheit ist genau jetzt da.

Haben Sie keine Angst, dass ausländische Firmen kommen und den Markt übernehmen?

Nein, davor habe ich keine Angst. Wir denken, dass sie uns als Partner brauchen. Ausländische Unternehmen können ohne uns nicht erfolgreich sein. Wir kennen unsere Leute und verstehen unsere Märkte. Aber wir müssen geduldig sein. Wir werden vielleicht zehn Jahre oder länger brauchen, um den Anschluss an den Weltmarkt zu finden. Aber es wird sicherlich passieren. Wir haben es mit der Fintech- und anderen Tech-Industrien gesehen. Sie sind in den vergangenen Jahren auf dem Kontinent schnell gewachsen. M-Pesa hat beispielsweise 2007 in Kenia begonnen, Finanztransaktionen per Mobiltelefon möglich zu machen. Heute ist es Standard.

Ist die Infrastruktur in Afrika gut genug?

Nein, aber sie wird immer besser. In manchen Gegenden ist Infrastruktur noch ein großes Problem, vor allem auf dem Land. Aber Geräte wie Handys sind vorhanden. Wir haben jetzt einen besseren Zugang zu Technologien dank 3G/4G-Internet und eine viel bessere Abdeckung als vor vier oder fünf Jahren. Die Geschwindigkeit ist an bestimmten Stellen immer noch eine Herausforderung, aber auch das wird sich bessern. Die Preise für Datenvolumen sind leider noch sehr teuer. Aber wir müssen jetzt aufhören zu jammern und handeln.

Sind Sie zufrieden damit, wie sich die afrikanische Tech-Industrie entwickelt hat?

Ich bin nicht nur zufrieden, ich bin erstaunt, wie sich Innovationen trotz der vielen Hindernisse ausbreiten. Ich habe Kollegen, die die Landwirtschaft durch Agritech-Initiativen attraktiver gemacht haben. Zum Beispiel können Bauern in abgelegenen Gebieten das Wetter abfragen. Ich habe Kollegen, die die Gesundheitsversorgung durch Online-Apps zugänglich gemacht haben. Das Interessante an der Spieleindustrie ist, dass sie andere Branchen ermöglicht und inspiriert. Ich bin der Überzeugung, dass wir bald mit Online-Spielen Geld verdienen werden. Wir befinden uns auf einem vielversprechenden Weg, und es ist sehr spannend. Wir haben über 40 Entwicklerstudios in ganz Afrika, zum Beispiel in Ghana, Südafrika, Kenia, Senegal, Ägypten, Tunesien, Nigeria, Uganda und Äthiopien. Und wir

sind miteinander vernetzt. Leti Arts ist an einem Projekt beteiligt, das wir mit drei anderen Unternehmen mit Mitteln der GIZ durchführen. Es zeigt, wie Studios zusammenarbeiten und hochwertige Inhalte produzieren können. Es ist eine Revolution, dass Afrikaner afrikanische Geschichten produzieren.

Dennoch ist die Finanzierung noch ein Problem, oder?

Ja, das stimmt. Anfangs haben wir versucht, eine Finanzierung zu bekommen, aber es hat nicht geklappt, weil es den traditionellen Banken und Finanziers zu riskant erschien, in eine Spielefirma zu investieren. Zum Glück gab es Finanzierungseinrichtungen wie MEST, die uns anfangs unterstützt haben, aber seitdem haben wir keine weitere Finanzierung mehr erhalten. Aber von diesem Jahr an wollen wir Finanzinvestoren gewinnen, um unser Geschäft zu vergrößern. Das ergibt jetzt Sinn, da wir entsprechende Produkte haben und Umsätze generieren. Bislang hatten wir kein klares Geschäftsmodell, aber wir brauchen eines, um schneller zu expandieren.

Sind Sie also zuversichtlich, dass sich Ihre afrikanischen Superhelden verkaufen werden?

Ja, das bin ich. Leider mussten wir den Start von „Africa’s Legends Reawakening“ um fast ein Jahr verschieben, unter anderem wegen Finanzierungsproblemen. Aber wir sind zuversichtlich, dass wir bald die erste Version auf den Markt bringen können. Und wir haben eine echte Erfolgsgeschichte zu verzeichnen. In Zusammenarbeit mit einem der größten Telekommunikationsunternehmen Ghanas haben wir eine Trivia-Version des Spiels herausgebracht. Sie heißt „Hottseat“ und läuft sehr gut. Ich denke, es wird sich als eines der bahnbrechenden und umsatzsteigernden Spiele im Afrika-Geschäft erweisen.

BUCH

Tawia, E., 2016: *Uncompromising passion. The humble beginnings of an African video game industry.* North Legon, BKC Consulting.



EYRAM TAWIA

ist CEO und Mitgründer von Leti Arts.

info@letiarts.com

NIGERIAS IKT-MARKTPLATZ

Erfolg basiert auf vielen Faktoren

Das Otigba Computer Village in Lagos ist ein wichtiger Marktplatz, sowohl landesweit als auch über die Grenzen Nigerias hinaus. Das Wachstum der informellen Beschäftigung in diesem Cluster hat Schattenseiten – allerdings ist Formalisierung ebenfalls problematisch. Denn zu den Erfolgsfaktoren Otigbas gehören unter anderem positive Bildungseffekte, die bei einer Formalisierung verloren gehen könnten.

Von Johannes Paha und Lydia Wolter

Das Otigba Computer Village in Lagos ist als „Westafrikas Silicon Valley“ bekannt. Es dient als weitgehend informeller Marktplatz für den Verkauf von Produkten der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und für damit verknüpfte Dienstleistungen, etwa die Reparatur von gebrauchten Produkten. Somit unterscheidet sich Otigba in Nigerias größter Stadt Lagos zwar vom Silicon Valley in den USA, das vor allem ein Innovationsstandort für Konzerne

ist. Trotzdem ist seine Bedeutung groß: Das Computer Village gilt als der womöglich größte IKT-Markt in Afrika.

Zu den Erfolgsfaktoren gehören positive externe Effekte in der beruflichen Bildung. Im Computer Village verfügt ein überdurchschnittlich großer Anteil der Arbeitskräfte über einen Hochschulabschluss (etwa 50 Prozent) oder eine technische Ausbildung (etwa 30 Prozent). Diese Fachkräfte geben ihr Wissen und ihre Fertigkeiten an andere Beschäftigte weiter. Beispielsweise werden junge Menschen so in Batteriereparaturen, den Handel von gebrauchten Handys oder den Verkauf von Software eingewiesen.

Diese Form der Ausbildung ist angesichts der eingeschränkten Bildungsmöglichkeiten in Nigeria besonders relevant. Die Auszubildenden können dadurch verantwortungsvollere Tätigkeiten übernehmen oder ihr eigenes Geschäft eröffnen. Sie fungieren dann selbst als Multiplikatoren.

Die große Arbeitsplatzmobilität und die vielen Start-ups begünstigen die posi-

tiven externen Effekte des Austauschs von Wissen weiter. Der Dorfcharakter Otigbas ist ein weiterer Schlüsselfaktor: Die Mitglieder sind eng miteinander verbunden und teilen sowohl Ressourcen als auch ihr Wissen.

ZU WENIGE JOBS IM FORMELLEN SEKTOR

Die guten Beschäftigungsmöglichkeiten in Otigbas informellem Sektor sind allerdings nicht ausschließlich positiv zu bewerten und offenbaren staatlichen Handlungsbedarf: Gäbe es genügend Arbeitsplätze im formellen Sektor, in dem das Arbeits- und das Sozialrecht – inklusive des nigerianischen Mindestlohns – gelten, würden Tätigkeiten im informellen Sektor weniger wachsen. Eine Überführung informeller Aktivitäten in den formellen Sektor scheint somit auf den ersten Blick erstrebenswert.

Eine Formalisierung kann jedoch auch negative Auswirkungen haben: Arbeit wird dadurch teurer, bestehende Jobs geraten in Gefahr.

Entwicklungspolitisch besteht ein Dilemma. Informelle Strukturen entstehen ohne Regulierung und ohne staatliche Planung. Weil sie vielen Menschen Beschäftigung und Lebensunterhalt sichern, sind sie wertvoll. Andererseits ist Regulierungslosigkeit auch problematisch. Umweltschutz,



Nicht nur Jugendliche nutzen Smartphones für die Kommunikation in Nigeria.

soziale Sicherheit und Arbeitsschutz sind ebenso wenig gewährleistet wie die Durchsetzung verbindlicher Verträge. Infrastrukturen – von der Stromversorgung bis hin zu Finanzdienstleistungen – bleiben unzureichend. Formal organisierte Wirtschaftszweige sind kostenaufwendiger, aber auch produktiver. Breiter Wohlstand ist informell nicht herstellbar, selbst wenn informelle Strukturen dort, wo formale Unternehmen nicht gedeihen, extreme Armut verhindern. Staatliche Politik sollte deshalb informelle Strukturen möglichst behutsam formalisieren und die negativen Folgen mit entsprechenden Gegenmaßnahmen abfedern (siehe auch Beitrag von Rishikesh Thapa auf S. 33 in dieser Ausgabe).

All das trifft auch auf Otigba zu, wo überlastete Infrastruktur bedeutet, dass Müll sich im öffentlichen Raum ansammelt oder häufig der Strom ausfällt. Andererseits hat all das auch unmittelbar mit den Standortvorteilen des Computer Village zu tun. Dazu gehört unter anderem die hohe Konzentration von wirtschaftlicher Aktivität auf engem Raum. Viele der Unternehmen sind klein und profitieren von den Agglomerationseffekten des Clusters. Ein Beispiel sind niedrigere Beschaffungskosten von Inputgütern. Auf dem Arbeitsmarkt führt die hohe Konzentration an ähnlich qualifizierten und spezialisierten Arbeitnehmern dazu, dass Angebot und Nachfrage von Fachkräften besser und häufiger zusammenfinden. Dadurch steigt die Produktivität. Zudem können hoch spezialisierte Arbeitskräfte schnell und unkompliziert von einem Unternehmen zum anderen wechseln, ohne lange Fahrtwege oder einen Umzug in Kauf nehmen zu müssen.

Ein weiterer Schlüsselfaktor, der das ehemals kleine Computer Village auf seine heutige Größe anwachsen ließ, war die Nutzung von sogenannten First-Mover-Vorteilen. Otigba war der erste Marktplatz, der parallel zum Verkauf von IKT-Produkten eine ergänzende Dienstleistungsindustrie entwickelte. So können Kunden gleich den passenden Mobilfunkvertrag zum neuen Handy abschließen, bei einem Laptop-Kauf die Software installieren lassen oder weiteren Zubehör erwerben.

Dass die Kunden dieses Angebot angenommen haben, lag entscheidend an der Werbung in den lokalen und überregionalen Medien. Preise und Informationen über die Produkte wurden in Zeitungen veröffent-



licht und ermöglichten einen Vergleich dieser Charakteristika. So kamen schließlich Kunden aus ganz Nigeria und darüber hinaus nach Otigba.

UMWELTPROBLEME UND ÜBERLASTETE INFRASTRUKTUR

Dieses Wachstum brachte aber auch Nachteile mit sich, etwa Umweltprobleme wie zum Beispiel Krankheiten und Ungezieferplagen durch nicht abtransportierte Abfälle, Stau aufgrund der überlasteten Verkehrsinfrastruktur sowie Wohnungsmangel und hohe Mieten und Immobilienpreise.

Diese Formen des Marktversagens erfordern korrigierende staatliche Eingriffe. Zudem muss eine regionale Infrastruktur bereitgestellt werden, zum Beispiel Straßen, Parkplätze und ein zuverlässiger öffentlicher Nahverkehr. Auch die ständige Benzin- und Dieselknappheit muss gelöst werden. Darüber hinaus sind eine stabile Strom- und Internetversorgung sowie eine zuverlässige Abwasserentsorgung nötig.

Die nigerianische Regierung will diese Probleme durch eine Umsiedlung des Computer Village von Otigba nach Katangowa beheben. Während aktuell Platzmangel herrscht, soll der neue Standort auf mehr als 15 Hektar genug Platz für die staatlichen Expansionspläne bieten. Das neue IKT- und Innovationszentrum soll in drei Marktplätzen jeweils über 1000 Geschäfte beherbergen. Zudem sind Parkplätze, Be- und Entlademöglichkeiten sowie Lagerhallen und Raum für Montagetätigkeiten geplant. Auch Elektrizität soll zuverlässig verfügbar sein – ein entscheidender Vorteil in einem Land, in dem 40 Prozent der Bevölkerung gar keine und mehr als die Hälfte keine unterbrechungsfreie Stromversorgung haben.

Die Regierung verspricht sich durch die Umsiedlung und die dann besseren Rahmenbedingungen eine weitere Beschleunigung des Wachstums von Otigba. Ob dieses

Ziel erreicht wird, hängt jedoch davon ab, wie gut die Herausforderungen gemeistert werden, die die Umsiedlung und die zwangsläufig damit einhergehende Überführung in den formellen Sektor mit sich bringen. Denn die Agglomerationseffekte sowie die positiven externen Effekte der Bildung könnten durch die Umsiedlung zerstört werden.

Eine große Sorge ist, dass die Kunden aufgrund der dezentralen Lage ausbleiben. Zudem könnte sich die Notwendigkeit zum Erwerb eines Geschäfts als Barriere für den Markteintritt oder als Hindernis für die Umsiedlung erweisen, da Händler sich womöglich die Ladenfläche nicht leisten und auch nicht finanzieren können. Hinzu kommt Kritik aus der Bevölkerung, da der neue Standort vor der Bebauung kein ungenutztes Land war: Dort befand sich ein Kleidungsmarkt, der unter ähnlichen Problemen wie das Computer Village litt, aber für dessen Umsiedlung beseitigt wurde.

Nichtsdestotrotz ist Otigbas Entwicklung insgesamt eine Erfolgsgeschichte. Das Computer Village offenbart beispielhaft, dass eine große Anzahl gut ausgebildeter Arbeitskräfte, gepaart mit der Bereitschaft zur Übernahme unternehmerischer Risiken, eine sich selbstverstärkende wirtschaftliche Entwicklung auslösen kann. Diese hängt von einer Reihe weiterer Faktoren wie Agglomerationseffekte, positive externe Effekte und First-Mover-Effekte ab, die jedoch in ihrem Zusammenspiel nur schwer repliziert werden können. Dies ist zu bedenken, wenn die unregulierte wirtschaftliche Entwicklung reduziert und die Überführung der Tätigkeiten in den formellen Sektor weiter gefördert werden sollen.



JOHANNES PAHA
ist Privatdozent an der Justus-Liebig-Universität in Gießen, wo er zur Wettbewerbs- und Entwicklungspolitik (aktuell mit Schwerpunkt auf der Energiewende) forscht.

johannes.paha@wirtschaft.uni-giessen.de



LYDIA WOLTER
ist Studentin der Volkswirtschaftslehre, Anglistik und Amerikanistik an der Universität Potsdam. Die

Themen dieses Beitrags entstammen ihrer Abschlussarbeit.

lywolter@uni-potsdam.de

CYBERSPACE

Neue digitale Weltordnung

China strebt mit der „Digitalen Seidenstraße“ eine globale digitale Infrastruktur mit chinesischen Zulieferern und chinesisch-geprägten technischen Standards an. Das könnte China führend in einer neuen digitalen Weltordnung machen und würde die Freiheit im Cyberspace beschneiden.

Von Charles Martin-Shields

Geberländer nutzen oft bestimmte Technologien in ihren internationalen Programmen, um eigene Branchen zu fördern. China macht das nun mit Internet-Technologien. Das Land startete 2015 die sogenannte „Digitale Seidenstraße“ als einen Teil seiner „Belt and Road-Initiative“. In deren Rahmen bauen chinesische Internet-Infrastrukturunternehmen, allen voran Huawei, ihre bereits starke globale Präsenz aus.

In diesem Zusammenhang hat China kürzlich ein Weißbuch veröffentlicht, in dem es sein Interesse an der Gestaltung der Regeln und Normen des Internetprotokolls bekundet – der Regeln, die festlegen, wie Daten über das Internet übertragen werden sollen. Zusammen mit chinesischen Technologien könnte dies den Einfluss des Landes auf technische Standards für Jahre prägen.

Geber nutzen bekannterweise ihre Entwicklungshilfe, um eigene Interessen zu stärken. So etwa 2002 beim Export von genveränderten Nutzpflanzen und ertragssteigerndem Saatgut als Teil eines Lebensmittelprogramms der US-Regierung. Die Nutzpflanzen sollten Hunger lindern – zugleich profitierten auch die amerikanischen Biotechnologie-Entwickler von den Exporten (siehe Kasten „Lebensmittelhilfe mit Haken“, Seite 28). China macht nun das Gleiche mit seinem Digitalen-Seidenstraßen-Projekt.

Eigene Branchen bei Entwicklungsprogrammen zu bevorzugen ist nicht per se schlecht, solange das Geber-Interesse transparent ist. Klarheit hilft allen Beteiligten – auch multilateralen Institutionen, Privatunternehmen und der Zivilgesellschaft –, Interessen angemessen abzustimmen.

Beim Kampf um die Vorherrschaft in der globalen Telekommunikation geht es um Wirtschaftsinteressen, aber auch darum, wie der Cyberspace künftig regiert wird. Das prägt die Regeln für den Internetverkehr – inklusive der Regelungen zu Internetzugang und Datenschutz. Dem Politiktheoretiker Langdon Winner (1980) nach hat die Wahl einer bestimmten Technologie politische Folgen und ist oft politisch motiviert. Technologische „Artefakte“ hält er somit für politisch relevant.

Telekommarkt anführt. Nutzen genügend Länder chinesische Technologien, begünstigt das die Anbieter von Zusatzgeräten mit denselben Standards und benachteiligt die anderen. Indem China mehr Kontrolle über die Infrastruktur gewinnt, kreierte das Land neue globale Märkte für seine Software und e-Commerce-Firmen. Das begünstigt:

- das Internetkonglomerat Tencent,
- den e-Commerce-Giganten Alibaba,
- den Hersteller von digitaler Infrastruktur und Geräten, Huawei, und
- das globale Satellitensystem BeiDou.

Tatsächlich nutzen einige afrikanische und südostasiatische Länder nicht mehr das amerikanische Global Positioning System (GPS), sondern BeiDou. Zudem hat der chinesische Riese Huawei 70 Prozent der afrikanischen 4G-Mobilfunknetze gebaut



Manager von Huawei bei einer Werbeveranstaltung für Mobilgeräte in Nairobi 2019.

KAMPF UM DIE MÄRKTE

Auch für die Digitale Seidenstraße relevante technologische Artefakte transportieren eine politische Botschaft. Die Wahl der Softwareprogramme und Hardwarekomponenten entscheidet darüber, wer den

und wird ein eigenständiges 5G-System an Rain, ein mobiles Datennetz in Südafrika, liefern. Huawei hat mehr 5G-Verträge als jedes andere Telekomunternehmen, von denen die Hälfte in Europa ist.

Insgesamt ist Huawei's Anteil am globalen Markt für Telekommunikati-

onsausrüstung im Rahmen der Digitalen Seidenstraße laut David Sacks (2021) vom Council on Foreign Relations seit Beginn der „Belt and Road-Initiative“ um 40 Prozent gestiegen. Sacks geht davon aus, dass ein Land, in dem Huawei das 5G-Netzwerk aufgebaut hat, auch für die Aufrüstung der Systeme Huawei wählt. Das könnte westliche Konkurrenten für Jahrzehnte ausschalten.

DEN DATEN FOLGEN

Neben wirtschaftlichen Vorteilen kann China, wenn es Kontrolle über die Internet-Infrastruktur anderer Länder gewinnt, auch direkten Zugang zu allen Datenströmen dieser Länder erlangen. Einige westliche wie auch für „Belt and Road“-Partnerländer fürchten deshalb um Datenschutz und Sicherheit. Sie haben Angst, dass Hacker die Systeme angreifen können, Daten aufgrund technischer Probleme versehentlich verloren gehen und dass Wirtschaftsspionage und das Ausspähen politischer Gegner ermöglicht werden könnten. Aus diesen Gründen haben manche Länder – auch einige NATO-Mitglieder – die Nutzung der 5G-Technologie

von Huawei verboten oder die Nutzungsbreite in ihren nationalen Mobilfunksystemen eingeschränkt.

„Chinas Digitale Seidenstraße hat das Potenzial, die digitale Konnektivität in Entwicklungsländern zu verbessern, zugleich aber kann sie Autoritarismus verbreiten, Demokratien beschneiden und Menschenrechte einschränken“, schreibt Clayton Cheney vom Pacific Forum, einem US-Forschungsinstitut für Außenpolitik.

Doch China ist nicht das einzige Land, das Nutzerdaten über seine Telekomtechnologie erheben will. Tech-Giganten aus den USA wie Google und Facebook tun das ebenfalls in erheblichem Maße – vorgeblich zu Werbezwecken. China stattet Länder, die Menschenrechte missachten, mit Telekom-Ausrüstung aus. Aber auch die USA investieren in Unternehmen, deren Technologie missbraucht werden kann.

So etwa die in den USA ansässige Software-Firma Palantir Technologies, die sich auf Big-Data-Analyse spezialisiert hat. Die ersten Finanzmittel kamen vom Risikokapitalfonds des US-Auslandsgeheimdiensts CIA (Central Intelligence Agency). Seit seiner Gründung 2003 hat Palantir sei-

nen Kernmarkt – Nachrichtendienste und Strafverfolgung – erweitert und bietet nun Datendienste für den Entwicklungs- und humanitären Sektor an.

STANDARDS SETZEN

Sorgen bereitet westlichen Ländern auch, dass China zunehmend danach strebt, globale technische Standards für die Datenübertragung zu setzen. Chinas aktive Rolle in Foren zur Normierung und seine wachsende weltweite Wirtschaftspräsenz in Internetsystemen nähren diese Bedenken. All das könnte dem Land mehr Kontrolle über den Zugang zum World Wide Web verschaffen – und so die grundlegende Basis, auf der der Cyberspace regiert wird, in Frage stellen.

Implizit will China die globale Abhängigkeit von amerikanischen Tech-Giganten wie Google, Facebook, Intel und Amazon schmälern und die Silicon Valley geprägten Regeln der Internetnutzung ändern. Richard Ghiasy, Experte für asiatische Geopolitik, und Rajeshwari Krishnamurthy vom indischen Institute of Peace and Conflict Studies sagen (2021): „Für China verkörpert

Lebensmittelhilfe mit Haken

Der Einsatz bestimmter Technologien in Hilfsprogrammen dient oft politischen Zielen. Die USA und die EU etwa sind uneins über die Sicherheit von genetisch veränderten Nutzpflanzen. 2002 entschieden die USA, auch Gen-Mais als Nahrungsmittelhilfe ins südliche Afrika zu liefern. Angesichts von 14 Millionen hungernden Afrikanern nahmen die Empfänger diesen gerne an – und akzeptierten damit indirekt auch die zugrunde liegende Technologie.

Bei diesem Hilfspaket sei es mindestens so sehr um die genetische Beeinflussung gegangen wie darum, Hunger zu lindern, sagen manche. Die

US-Lebensmittelhilfepolitik „sollte die Einführung von Biotech-Pflanzen im südlichen Afrika fördern, [dadurch] Marktzugang und Einfluss transnationaler Konzerne erweitern und die lokale kleinbäuerliche Produktion untergraben“, schrieb Noah Zerbe von der kalifornischen Humboldt State University. Die Folge sei mehr Ernährungsunsicherheit in Afrika.

Die US-Regierung mag dagegenhalten, die gentechnische Veränderung von Nutzpflanzen steigere über die Zeit die Ernteerträge und verhindere so künftige Nahrungsmittelknappheit. Trotzdem verfolgten die USA fraglos kom-

merzielle Interessen. Die Technologie zur gentechnischen Veränderung von Saatgut wur-

de in den USA entwickelt – ihre Entwickler profitierten von deren vermehrtem Einsatz. CMS



Wirtschaftliche Interessen der USA inklusive: Testanbau von Gen-Mais in Südafrika 2011.

die Digitale Seidenstraße ... eine weniger US-zentrierte und mehr chinesisch-asiatische globale digitale Ordnung.“

Chinas Regierung hat klargemacht, dass sie die Reichweite ihrer Internet-Technologien und -Standards ausweiten will. Der Westen war weniger zielstrebig und wiederholte nur das Mantra vom Internet als freien, unregierten Raum. Zivile Freiheiten im Internet werden jedoch auch unter US-Dominanz im Cyberspace zunehmend in Frage gestellt. Die Hälfte des weltweiten Datenverkehrs bewegen US-Unternehmen wie Facebook, Amazon und Google. Das Internet ist kommerziell voll überwacht, und es ist unklar, was westliche Geheimdienste so treiben. Die chinesische Alternative würde wohl noch mehr staatliche Überwachung bedeuten.

Die Herausforderung ist, eine Alternative ohne jegliche Überwachung zu finden. China mag sich schuldig machen, indem es mit Staatsunternehmen wie Huawei seinen

digitalen Einfluss erweitert. Solange die westlichen Geberländer aber nicht ehrlich im Hinblick auf ihrer eigenen Interessen im Ausland sind, kann der globale Süden wohl nur zwischen zwei unattraktiven Optionen wählen: einem Internet der ausbeuterischen kommerziellen Überwachung oder einem staatlich überwachten Internet, das bürgerliche Freiheiten einschränkt.

Es gäbe eine dritte, bessere Option. Wollten Geberländer bürgerliche Freiheiten und Transparenz wirklich gewährleisten, so könnten sie auf entsprechende Datenschutz- und 5G-Standards bestehen. Sie könnten Anreize schaffen, damit Hardware-Firmen keine Spyware mehr in Übertragungsgeräten einbauen und Datenanalyse-Firmen Privatsphäre und Datenschutz ernst nehmen.

Das Internet kann dem Allgemeinwohl sehr dienen. Aber dazu müssen sich Geberländer verpflichten, digitale Technologien

einzusetzen, um mehr als nur ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

LINKS

- Richard Ghiasy, R. and R. Krishnamurthy, 2021: "China's Digital Silk Road and the global digital order", in: The Diplomat, April <https://thediplomat.com/2021/04/>**
- Sacks, D., 2021: "China's Huawei is winning the 5G race", Council on Foreign Relations, <https://www.cfr.org/blog/>**
- Winner, L., 1980: "Do artifacts have politics?" <https://www.cc.gatech.edu/~beki/cs4001/Winner.pdf>**



CHARLES MARTIN-SHIELDS
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Deutschen
Institut für Entwicklungspolitik
(DIE) in Bonn.

charles.martin-shields@die-gdi.de



Globale Standards prägen die lokale Praxis: Werbung im Kongo.

Verkehrsregeln

Man könnte es für die Aufgabe von Ingenieuren halten, technische Standards für die Datenübertragung festzulegen. Der Prozess kann jedoch hochpolitisch sein, da er denen, die die Standards setzen, Macht verleiht – hinsichtlich kommerzieller Vorteile für die Produkte ihrer Länder wie auch für den Zugang und Nutzung des Netzes.

So überrascht es nicht, dass China zunehmend Einfluss auf die Festlegung globaler technischer Standards für das Internet nimmt. China hat seine Rolle in der International Telecommunications Union (ITU) ausgeweitet, der UN-Organisation, die Radio-, TV- und Internetübertragungsstandards überwacht. Der derzeitige Generalsekretär der ITU, Zhao Houlin, unterstützt öffentlich Chinas Bemühungen, diese Standards zu gestalten.

Zugleich installiert China über das Digitale-Seidenstraßen-Programm weltweit seine Telekommunikations- und Internet-Technologien. Diese Präsenz kann aufgrund der in den Geräten integrierten Funktionen auch dazu beitragen, die Internet-Verkehrsregeln zu verändern.

Im Westen wächst die Sorge, dass diese Technologien für Spionage zu kommerziellen oder politischen Zwecken verwendet werden könnten. „Sicherheitsrelevante Bedenken hinsichtlich Chinas Digitaler Seidenstraße beziehen sich auf potenzielle Risiken für nationale kritische Infrastrukturen, Informationsaustausch und militärische Integration“, stellte der britische Think Tank International Institute for Strategic Studies im Februar 2021 fest.

CMS

ONLINE-MEDIEN

Sich Gehör verschaffen

Von gewaltsamen Angriffen auf politische Gegner bis zu einem Gesetzentwurf, der der Regierung das letzte Wort über Veröffentlichungen gibt: die Unterdrückung der Meinungsäußerung in Sri Lanka ist vielfältig. Unabhängige Online-Start-ups verschaffen sich trotzdem Gehör.

Von Arjuna Ranawana

Für Verfechter der Meinungsfreiheit ist die Medienlandschaft in Sri Lanka entmutigend. Fast alle privaten Medienunternehmen sind im Besitz einer kleinen Gruppe mächtiger Personen – entweder direkt oder über von ihnen kontrollierte Konglomerate. Diese Oligarchen sind fast immer mit der Regierung verbündet und nutzen Print-, Rundfunk- oder Online-Medien, um ihre eigene politische Agenda voranzutreiben. Die Einnahmen aus den Medien sind zweitrangig. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die Ziele der Eigentümer zu fördern, wozu auch die Gewinnung lukrativer staatlicher Aufträge gehören kann.

Auch die Regierung betreibt ein eigenes Medienimperium. Ihr gehören das größ-

te Printmedium des Landes mit Publikationen in Singhalesisch, Englisch und Tamil, zwei Fernsehsender, ein Radiosender sowie Websites. Auch viele politische Parteien haben ihre eigenen Medienorgane.

Da nur die Hälfte der Bevölkerung über einen Internetzugang verfügt, sind Fernseh- und Radiosender eine wichtige Nachrichtenquelle. Doch auch private Rundfunkanstalten sind darauf bedacht, ein gutes Verhältnis zur Regierung zu haben. Laut einer Umfrage von International Media Support (IMS), einer dänischen Nichtregierungsorganisation, sind die privaten Sender Hiru TV und TV Derana bei den Sri Lankern am beliebtesten. Beide sind im Besitz von Geschäftsleuten, die Präsident Gotabaya Rajapaksa unterstützen. Diese Sender unterdrücken Kritik an der Regierung, in der der Bruder des Präsidenten, Mahinda Rajapaksa, Premierminister ist oder weisen sie zurück. Das ist ein schwieriges Umfeld für unabhängige Medien.

Dennoch sind politisch unabhängige Online-Medien auf dem Vormarsch. Laut IMS beziehen 40 Prozent der Befragten ihre Nachrichten online und 31 Prozent insbeson-

dere aus den sozialen Medien. Die Umfrage zeigt zudem, dass die Sri Lanker durchaus Fakten von Fälschungen unterscheiden können. So überprüfen sie beispielsweise oft drei oder mehr Nachrichtenquellen, um sicherzugehen, dass es sich nicht um eine Falschmeldung handelt. „Viele Menschen haben ein Gespür dafür, was guter Journalismus bedeutet, und stehen einer oberflächlichen, sensationellen und unethischen Berichterstattung kritisch gegenüber“, sagt die IMS-Medienberaterin Emilie Lehmann-Jacobsen.

AUFTRITT DER UNABHÄNGIGEN

Die wachsende Beliebtheit von Online-Nachrichtenquellen schafft Chancen für neu gegründete Medienunternehmen. Einige von ihnen sind redaktionell und finanziell wirklich unabhängig und haben keine Verbindungen zu Unternehmen oder politischen Parteien. Sie beginnen, an Einfluss zu gewinnen.

Die Unabhängigen haben den Vorteil, dass sie als Online-Vertriebskanäle begonnen haben. Etablierte Medien hingegen ergänzen oft bestehende Print- und Rundfunkkanäle um Online-Auftritte. Der Nachteil ist, dass die Unabhängigen Kooperationen mit großen Unternehmen eingehen müssen, um finanziell überleben zu können, was sich letztendlich ihre Unabhängigkeit beeinflussen könnte. Um zu überleben, müssen Nachrichten-Websites mindestens 250 000 Seitenaufrufe pro Monat verzeichnen.

Die Start-ups bewerben ihre Beiträge auf Facebook, Twitter und Instagram und verbreiten ihre Inhalte auf YouTube. 80 Prozent der Menschen in Sri Lanka greifen auf Facebook und 75 Prozent auf YouTube-Videos zu, das zeigt die IMS-Umfrage. Viele andere erhalten Nachrichten über WhatsApp und IMO, eine App für Videogespräche und Sofortnachrichten. Die Bewerbung und Verbreitung der Inhalte sind zentral. Zudem müssen die Nachrichten-Websites sich davor schützen, von der Regierung abgeschaltet zu werden. Dafür mieten einige Start-ups Serverplätze im Ausland.

Ein größeres Problem ist die Einschränkung der Meinungsfreiheit. Die Rajapaksa-Regierung hat wenig Toleranz für Kritik. Sie überwacht Online-Kanäle ebenso wie andere Medien (siehe Kasten S. 32). Dies kann schlimme Folgen für Personen haben, die Inhalte veröffentlichen, die den offiziellen Ansichten widersprechen.



Regierung als Familienangelegenheit: Premierminister Mahinda Rajapaksa (links) begrüßt Präsident Gotabaya Rajapaksa (rechts) mit einem weiteren Bruder, Chamal Rajapaksa (der jetzt als Minister für Bewässerung fungiert), bei einer offiziellen Zeremonie im August 2020.



Ende Mai postete beispielsweise ein Regierungsbeamter Fotos von abgeholzten Wäldern auf Facebook. Damit stellte er die Leugnung der Abholzung durch die Regierung in Frage. Der Beamte wurde verhaftet und angeklagt. Auch ein Umweltbeauftragter sprach sich öffentlich gegen die Holzzernte durch mit der Regierung verbündete Unternehmen aus. Daraufhin sah er sich Einschüchterungsversuchen von Parlamentsmitgliedern ausgesetzt, die der Regierungspartei SLPP (Sri Lanka Podujana Peramuna) angehören.

Anfang dieses Jahres wurde eine Frau, die sich in einer Live-Quizshow über die Umweltzerstörung in der Nähe ihres Hauses geäußert hatte, sowohl von der Polizei als auch von Beamten der Naturschutzbehörde aufgesucht. Kürzlich verbot das Gesundheitsministerium medizinischem Personal, sich öffentlich über den Umgang der Regierung mit der Corona-Pandemie zu äußern.

Um die Meinungsfreiheit im Internet einzudämmen, arbeitet die Regierung an einem Gesetzentwurf, der das Schreiben und Äußern von Inhalten im Internet einschränkt. Der Gesetzentwurf verpflichtet Online-Plattformen, Inhalte zu korrigieren oder zu entfernen, die die Regierung für falsch hält. Das gilt für alle Online-Kanäle, einschließlich sozialer Netzwerke, Suchmaschinen und Websites, auf denen Nachrichten gesammelt werden. In Singapur und Malaysia gibt es bereits ähnliche Gesetze. Medienunternehmen, die sich nicht an das Gesetz halten, müssen mit hohen Geldstrafen rechnen. Einzelpersonen drohen Geld- und Freiheitsstrafen.

Die Regierung begründet dieses Gesetz damit, dass die „Verbreitung von Falschinformationen im Internet eine ernst-

hafte Bedrohung darstellt und dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu spalten, Hass zu verbreiten und die demokratischen Institutionen zu schwächen“. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Regierung Kritik an der eigenen Arbeit unterdrücken will. Die Bürger beschwerten sich unter anderem über den Umgang mit der Corona-Pandemie, die wirtschaftliche Flaute, die hohe Arbeitslosigkeit und Korruption. Die Mainstream-Medien beschönigen all diese Themen.

ZENSUR-GEFAHR

Der Gesetzentwurf gibt der Regierung das letzte Wort darüber, was Fakten sind und was nicht. Free Media Movement (FMM), eine von srilankischen Journalisten gegründete Nichtregierungsorganisation, warnt vor dem Gesetzesentwurf. Er sei „eine Gelegenheit für Behörden, die bereits bekannt für Falschinterpretationen sind, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verletzen“.

Außerdem gebe es bereits Gesetze, um jeden zu verhaften und zu bestrafen, der Unwahrheiten verbreite, sagt Bhavani Fonseka. Sie ist Anwältin am Centre for Policy Alternatives, einer Organisation für politische Forschung und Interessenvertretung in Sri Lanka. Fonseka sagt: „Viele Gesetze wurden zur Unterdrückung von Journalisten missbraucht.“

Es sind vor allem die staatlich beeinflussten Zeitungen und Rundfunkanstalten, die falsche Informationen verbreiten. Obwohl sie behaupten, sich selbst zu regulieren, haben gerade diese Sender noch keinen Verhaltenskodex aufgestellt. Die Mitglieder der 2017 gegründeten Broadcasters Guild werden von Unternehmen dominiert, die der Regierung nahestehen. Diese Kanäle

Die srilankische Website EconomyNext.com liefert weiterhin unabhängige Analysen.

spielen eine große Rolle bei der Verbreitung von Falschmeldungen und dem Schüren ethnischer und religiöser Konflikte.

Um ein Gegengewicht zu den Fehlinformationen dieser Kanäle zu schaffen, haben sich Journalisten zusammengeschlossen, um als informelle Faktenprüfer zu fungieren. Eines ihrer Hauptaugenmerke liegt auf Informationen zu Corona-Maßnahmen. Zu den Methoden der Journalisten gehört das Einstellen kurzer YouTube-Videos, in denen Experten in Interviews offizielle Angaben korrigieren. Außerdem haben die Journalisten Falschmeldungen, die Wahlen betrafen, an die zuständigen Behörden gemeldet.

Journalisten sind nicht die einzigen Faktenprüfer, die versuchen, Fehlinformationen zu korrigieren. Lokale Gruppen wie die unabhängige Denkfabrik Verité Research führen ebenfalls Faktenkontrollen durch und veröffentlichen ihre Ergebnisse. Auch die srilankische Gruppe Citizen Fact Check veröffentlicht Artikel auf ihrer Website. Derartige Initiativen haben es den finanzschwachen Start-ups ermöglicht, ihre Berichterstattung und Faktenüberprüfung fortzusetzen. Einige werden von internationalen NGOs unterstützt.

EconomyNext ist eine der unabhängigen Nachrichten-Websites, die mit ausländischen Partnern zusammenarbeiten. Sie haben dazu beigetragen, Mitarbeiter zu schulen oder Programme zu finanzieren – etwa eine Dokumentarserie über Ethnien und Politik. Außerdem trägt internationale Kooperation dazu bei, die Reichweite der Website zu vergrößern.

Die Bemühungen der Start-ups, unabhängige Analysen zu liefern, gefallen der Regierung natürlich nicht. Ein hartes Durchgreifen ist wohl nur eine Frage der Zeit – und das wird nicht im Interesse des srilankischen Volkes sein.

LINK

International Media Support, “Consuming news in turbulent times”, Sri Lanka Media Audience Study 2019, Published November 2020 <https://www.mediasupport.org/publication/consuming-news-in-turbulent-times/>

ARJUNA RANAWANA

ist Redakteur von EconomyNext, einem Wirtschafts-, Finanz- und Politiknachrichtendienst mit Fokus auf Sri Lanka.

Twitter: @ARanawana25

Arbeiten in Angst

Zwischen 2006 und 2015 lebten Journalisten in Sri Lanka in Angst. In dieser Zeit war Mahinda Rajapaksa Präsident und sein Bruder Gotabaya Verteidigungsminister. Journalisten, die damals Kritik äußerten, waren Drohungen, körperlichen Angriffen, Entführungen und Morden ausgesetzt.

Jetzt sind die Brüder wieder an der Macht – mit getauschten Rollen. Nach den Präsidentschaftswahlen 2019 und den Parlamentswahlen 2020 wurde Gotabaya Präsident und Mahinda Premierminister. Und sie wenden wieder die gleiche Angsttaktik an. Medien, die sich in Staatsbesitz befinden, halten sich an die Regierungslinie. Diejenigen, die nicht in Staatsbesitz sind, neigen zur Selbstzensur.

Selbst während der Zeit der relativen Freiheit zwischen 2015 und 2019 waren Journalisten mit Einschüchterungen von offizieller Seite konfrontiert. Während dieser Zeit wurden sogar Dichter und Kurzgeschichtenschreiber verhaftet, was einen Verstoß gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der UN von 1966 darstellt.

Sri Lanka hat diesen Pakt unterzeichnet, der unter anderem auch die Redefreiheit garantiert. Doch diese Freiheit existiert in Sri Lanka nur auf dem Papier. Seit seiner Wahl im Jahr 2019 hat Präsident Gotabaya Rajapaksa „eine Kampagne der Angst und Einschüchterung gegen Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Anwälte und andere vermeintliche Herausforderer geführt“, stellte Human Rights

Watch in einem Bericht im März 2021 fest.

Einen Monat zuvor hatte die Menschenrechtsorganisation Center for Justice and Accountability darüber berichtet, wie die Regierung Journalisten zum Schweigen bringt, die Pressefreiheit unterdrückt und dafür selbst straffrei davorkommt. Der Bericht wurde vom Committee to Protect Journalists (CPJ), einer Organisation zum Schutz der Pressefreiheit, unterstützt. Er umfasst Verbrechen gegen Journalisten zwischen 2005 und 2015, als Gotabaya Rajapaksa Verteidigungsminister war.

Demnach sollen die Behörden 25 Reporter und andere Medienvertreter getötet haben, vor allem im Nordosten des Landes, der Hochburg der tamilischen Volksgruppe. Zu den ermordeten Journalisten gehörten Dharmaratnam Sivaram, der Herausgeber von Tamilnet, sowie der Herausgeber der Zeitung Sunday Leader,

Lasantha Wickrematunge. In einer Zivilklage, die im Bundesstaat Kalifornien eingereicht wurde, machte Wickrematunges Tochter Ahimsa den Präsidenten für den Tod ihres Vaters verantwortlich.

Die Liste der getöteten, angegriffenen und „verschwundenen“ Journalisten aus dieser Zeit geht weiter. Keith Noyahr, der stellvertretende Herausgeber der Wochenzeitung The Nation, wurde entführt und gefoltert. Der Herausgeber der Zeitung Rivira, Upali Tennekoon, wurde erstochen. Poddala Jayantha, ein Reporter in singhalesischer Sprache, wurde entführt und angegriffen. Der politische Karikaturist Prageeth Eknaligoda verschwand. Viele andere Journalisten wurden verhaftet und zum Teil jahrelang unter den Anti-Terror-Gesetzen festgehalten. Angesichts des Schicksals ihrer Kollegen flohen viele srilankische Journalisten ins Exil.

Nach Angaben des CPJ ist eine Einheit des srilankischen Militärgeheimdienstes, die so genannte „Tripoli-Brigade“,

für die Gewalttaten verantwortlich. Sie wird von der derzeitigen Regierung geschützt. Ermittlende Polizeibeamte wurden verhaftet, mit anderen Aufgaben betraut oder ins Exil gezwungen. Der Hauptermittler Shani Abeysekera wurde degradiert und später unter dem Vorwurf der Fälschung von Beweisen verhaftet. Ein weiterer wichtiger Ermittler, Nishantha Silva, floh am Tag nach der Präsidentschaftswahl von Gotabaya Rajapaksa aus dem Land. Vermutlich hält er sich in der Schweiz auf.

Die Rajapaksa-Brüder sind nicht die einzigen Politiker, die Journalisten einschüchtern. Seit den 1970er-Jahren haben die verschiedenen Regierungen Medienschaffende ins Visier genommen und zensuriert. Sie schlossen Druckereien und zwangen zur Vorabnahme von Artikeln. In einigen Fällen schränkten Regierungsbeamte sogar die Verfügbarkeit von Zeitungspapier ein. Die Presse in Sri Lanka wird schon lange unterdrückt, nur die Schwere der Unterdrückung variiert.

AR



Gedenken an den getöteten Journalisten Lasantha Wickrematunge im Jahr 2020.

QUALIFIZIERUNGSMASSNAHMEN

Informelle Unternehmen transformieren

Digitalisierung kann den informellen Sektor verändern, Technologien vorantreiben, neue Jobs kreieren und das Arbeitsumfeld verbessern. Die GIZ bewertet in einer Studie die Chancen.

Von Rishikesh Thapa

Einzuschätzen, wie sich die Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt auswirkt, ist nicht einfach, geben die GIZ-Autoren zu. In der formellen Wirtschaft gehen Jobs verloren, die Automatisierung macht Arbeiter überflüssig – zugleich kann die Digitalisierung die informelle Wirtschaft auch vorantreiben.

Die informelle Wirtschaft besteht aus Unternehmen, die weder offiziell registriert noch straff reguliert sind. Meist zahlen sie keine Steuern und sind wenig produktiv. Aus Sicht der GIZ kann die Digitalisierung vieles verbessern, etwa wenn Angestellte neue Fähigkeiten, etwa grundlegende Lese- und Schreibkenntnisse, erwerben. Firmeninhaber investieren jedoch vor allem dann in Ausrüstung und Training, wenn andere Risiken nicht allzu groß erscheinen. Schlechte Infrastruktur (bezüglich Wasser-, Stromversorgung oder Verkehr) ist somit ein echtes Hindernis.

Digitalisierung des Finanzwesens kann laut GIZ die Buchführung erleichtern sowie Umsätze und Gewinn steigern. Zugleich kann das Internet die Interaktion mit Kunden, Auftraggebern und Lieferanten verbessern. Längerfristig kann die Digitalisierung helfen, Unternehmen zu formalisieren und produktiver zu machen. Zugang zu e-Government-Diensten kann die Verwaltung vereinfachen. Der Spielraum für mehr Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz oder die Bereitstellung von Sozialleistungen (inklusive Krankenversicherung) wird größer.

Im Bericht wird das Beispiel Kenia angeführt, wo das bargeldlose Zahlensystem M-Pesa erheblichen Fortschritt gebracht hat. Es hat Geldtransfers deutlich erleichtert, was auch zu mehr Transparenz auf dem informellen Markt geführt hat. Auch der Zugang zu Krediten und anderen Finanzdiensten ist besser geworden. Anerkennend erwähnt die GIZ auch das mexikanische Tabletas-Concanaco-Programm. Dieses hat zwei Ziele: informelle Unternehmen produktiver zu machen und sie zu besteuern. Die Unternehmen erhalten eine Software und freien Internetzugang – und letztlich nehmen das jeweilige Unternehmen und der Staat mehr ein.

Die größte Herausforderung, so die GIZ-Autoren, ist die mangelnde Qualifikation, weshalb die technische und berufliche Bildung (Technical and Vocational Education and Training – TVET) von entscheidender Bedeutung ist. Die Möglichkeiten, sich relevantes Wissen zu verschaffen, variieren je nachdem, wo man ist. Im städtischen Umfeld ist es tendenziell einfacher.

Bis zu einem gewissen Grad können laut GIZ auch informelle Unternehmen von TVET-Angeboten profitieren, die Nichtregierungsorganisationen oder private Trainingszentren anbieten. Auch Online-Lernen kann sich als sinnvoll erweisen. Laut den Autoren bieten manche Universitäten, Bibliotheken und andere öffentliche Einrichtungen passende Internetplattformen und Kurse für Schulabbrecher, Menschen mit Behinderungen, rückkehrende Migranten und andere benachteiligte Menschen an. Die verschiedenen Zielgruppen brauchen oft unterschiedliche Angebote, betonen die Experten. Auch Geschlecht, Alter und Vorbildung der Teilnehmer spielen eine Rolle.

Mobiles Lernen mit dem Handy hat enormes Potenzial, eine Vielfalt an Menschen zu erreichen, da es leicht zu betätigen und kostengünstig ist. Die Autoren betonen, dass m-learning sehr gute Erfolge in der Landwirtschaft gezeigt hat.

Die GIZ-Studie hebt erforderliche Qualifikationen hervor. Lese- und Rechenkenntnisse sind essenziell, aber nicht routinemäßige Aufgaben erfordern generell höhere kognitive Fähigkeiten. Zudem ist es oft wichtig zu wissen, wie man kompetent mit anderen interagiert. Wichtig sind auch Umgang mit Daten, Bewältigung von Computerproblemen und Schutz der Privatsphäre.

TVET unterstützt unternehmerische Fertigkeiten, so die Autoren. Sie raten Organisationen, die TVET-Kurse anbieten, auf digitale Möglichkeiten im informellen Sektor zu achten und sich untereinander international zu vernetzen. Länder mit fragmentierten Berufsbildungssystemen und mangelhaften Bildungssektoren würden ihnen zufolge besonders profitieren.



Mobiltelefon-Shop in Sansibar.



RISHIKESH THAPA
hat kürzlich seinen Master in Internationale Beziehungen und Kulturdiplomatie an der Hochschule Furtwangen

gemacht.

official.anthro58@gmail.com

In Äthiopien ist humanitäre Hilfe zum Politikum geworden – darunter zu leiden hat die Zivilbevölkerung.

Seite 18



Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS